

Staat und Allokation

§1 Einführung: Skizze des Allokationsproblems

1.

Def. Allokation:

Die Bereitstellung öffentlicher Güter oder der Prozeß, mit dem die Aufteilung der vorhandenen Ressourcen auf private und öffentliche Güter und die Zusammensetzung des öffentlichen Güterangebots bestimmt wird. Man bezeichnet das als Allokationsfunktion der Budgetpolitik.

- Versorgung der Gesellschaft mit Gütern und Diensten durch den Staat
- Ziel: Sicherung einer effizienten Bedürfnisbefriedigung bei einer gegebenen Verteilungssituation

Allokationstheorie:

- stützt sich auf wohlfahrtstheoretische Kalküle
- sehr stark normativer Charakter
- hat keine eindeutigen Lösungen (Theorie des zweitbesten Weges)
- Wohlfahrtstheorie ist Theorie des erstbesten Weges

Ausgangsbehauptung weswegen Allokationsfunktion:

Gewisse Güter, die hier als öffentliche Güter zum Unterschied von privaten Gütern bezeichnet werden, können vom Marktsystem, d.h. durch Transaktionen zwischen individuellen Konsumenten und Produzenten nicht zur Verfügung gestellt werden.

2. Struktur der Allokationstheoretischen Problematik in einer Modellwelt mit rein privaten und rein öffentlichen Gütern

Mischsystem = Marktsystem + Staat

x_p → private Güter

P → Versorgungsoptimum

T → Transformationskurve

x_o → öffentliche Güter

W → Wohlfahrt

die effiziente Gütermengen in Kombination von x_p und x_o liegt auf der Kurve T
alles darunter ist ineffizient

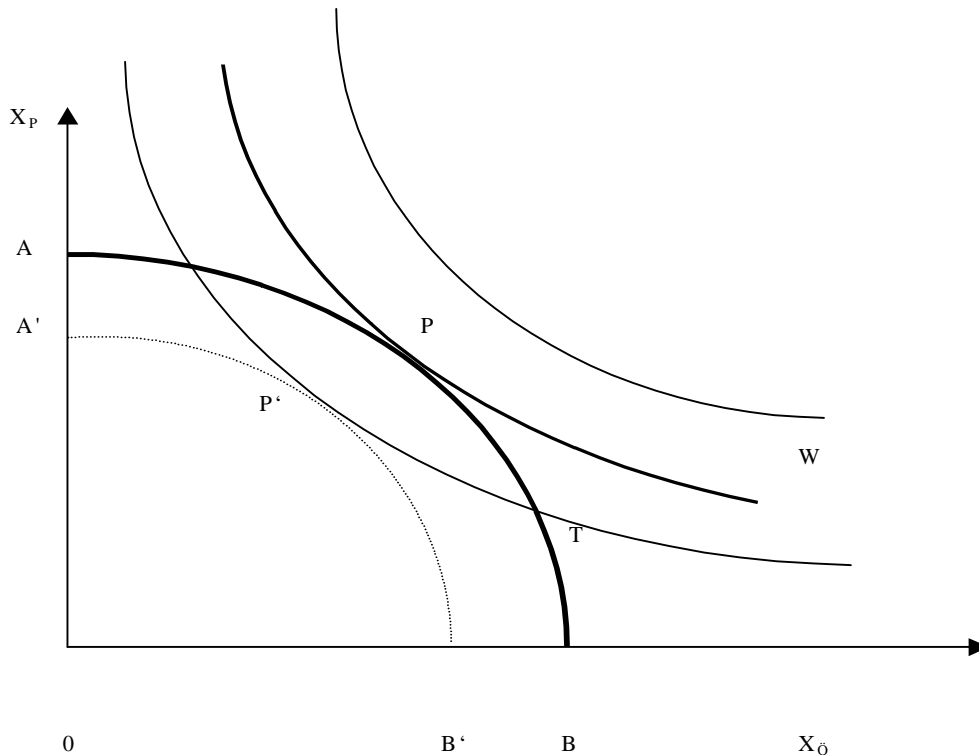


Abbildung 1

Gesellschaft hätte gern eine bestimmte Kombination von x_p und x_o

2.1.

A → Marktssystem erweist sich als tendenziell überlegen

2.2.

Aufgrund von Ineffizienz wird nur A' erreicht

A' → aus Marktversagen → Staat muß tätig werden, Marktkorrektur der Staat greift ein

2.3.

B → pol. Steuerungssystem erweist sich als tendenziell überlegen

2.4.

B' → Versagen des Staates bei typischen öffentlichen Gütern

Keiner kann korrigierend eingreifen, d.h. diese Ineffizienz kann kaum beseitigt werden

2.5.

Staat versucht durch das Steuersystem Ineffizienz zu beseitigen, jedoch wirkt das Steuersystem nicht neutral

Nur A' wird erreicht

P' → das neue Optimum

Versagen des Marktes und des Staates

§2 Markteffizienz und Marktversagen bei der Versorgung der Gesellschaft mit rein privaten Gütern

1. Die Bedingungen für ein sozialökonomisches Optimum in einer Welt mit ausschließlich privaten Gütern:

Bei gegebener Bevölkerung, gegebener Ausstattung mit Produktivkräften und optimaler Einkommensverteilung ist der wirtschaftliche Wohlstand ein Maximum, wenn bestimmte Optimalbedingungen des Güterausstauschs, der Produktion, der Beschäftigung und der Akkumulation erfüllt sind.

Pareto-Kriterium

Indem die Einkommensverteilung ausgeklammert wird, gelangt man zu dem Ausgangspunkt wie Vilfredo Pareto, daß man die Individualnutzen weder vergleichen noch addieren kann. Daraus ergibt sich die Folgerung, daß keine Veränderung, bei der einige auf Kosten anderer gewinnen, eindeutig als Verbesserung bezeichnet werden kann. Eine solche Position zwingt dazu, das Augenmerk auf jene möglichen Veränderungen zu richten, durch die der wirtschaftliche Wohlstand bei gegebener Einkommensverteilung erhöht werden kann oder durch die zumindest einige gewinnen, ohne daß irgendein anderes Mitglied der Gesellschaft benachteiligt wird.

Pareto-Optimum: keine Person kann mehr besser gestellt werden

-Unterscheidung zwischen Marginal- und Totalbedingungen:

solange im Rahmen einer gegebenen Wirtschaftsstruktur durch marginale Veränderungen noch eine Verbesserung erreicht werden kann ist ein Optimum nicht erreicht
deswegen müssen im sozialökonomischen Optimum bestimmte Marginalbedingungen erfüllt sein

Marginalbedingungen sind zwar notwendige Kennzeichen des Optimums, aber sie bedürfen der Ergänzung durch weitere Kriterien, die man als Struktur- oder Totalbedingungen bezeichnet
Strukturbedingung wäre zum Beispiel die verteilungspolitische Norm, die marginalen Veränderungen dürften das Verteilungsoptimum also nicht beeinträchtigen.

In der Theorie haben die Marginalbedingungen bisher mehr Aufmerksamkeit gefunden, obwohl die Totalbedingungen wahrscheinlich von größerer Bedeutung sind.

1. Marginalbedingung:

Das Optimum des Güterausstausche ist erreicht, wenn das Verhältnis der Grenznutzen zweier beliebiger Güter bei all denen gleich ist, die diese Güter begehren.
Grenzrate der Substitution ist das marginale Verhältnis subjektiv gleichwertiger Mengen

Lagrangefunktion Edgworth-Box? Besser Musgrave Seite 95 Abbildung 4-1

Und 4-2

Vorraussetzung:

Einheitlich geltende Gleichgewichtspreise

Freie Konsumauswahl

Vollkommene Konkurrenz

2. Marginalbedingung: optimaler Spezialisierungsgrad

Grafik?

ist erfüllt, wenn das Verhältnis der (sozialen) Grenzkosten zweier beliebiger Güter bei allen Produzenten gleich ist, die diese Güter herstellen.

Vorraussetzungen:

Alle müssen mit den gleichen Preisrelationen konfrontiert sein und gezwungen werden, ihre Produktionsmengen so anzupassen, daß das Verhältnis der Grenzkosten gleich dem Verhältnis der Preise wird.

Bedingung der optimalen Arbeitsteilung, das Theorem der komparativen Kosten
Produzenten können Individuen, Betriebe, Sektoren oder Länder sein

Optimum der Arbeitsteilung ist erreicht, wenn das Verhältnis der Grenzkosten zweier beliebiger Güter bei allen Produzenten gleich ist

Es lohnt sich zu spezialisieren wenn komperative Kostenvorteile bestehen

3. Marginalbedingung: Optimum des Faktoreinsatzes

ist erfüllt, wenn das physische Grenzprodukt eines Produktiosfaktors bei der Erzeugung eines Gutes in allen Betrieben gleich ist, die dieses Gut herstellen.

Optimale Allokation des Faktoreinsatzes

Vorraussetzungen:

Die Gleichheit des physischen Grenzprodukts der Arbeit in allen dasselbe Gut erzeugenden Betrieben kann erreicht werden, wenn der Lohnsatz für alle Betriebe gleich ist und die Betriebe sich als Mengenanpasser verhalten, d.h. so lange zusätzliche Arbeitskräfte nachfragen, bis das physische Grenzprodukt unter der Wirkung des Ertragsgesetzes auf den Lohsatz gesunken ist.

Für Einheitlichkeit des Lohnsatzes für alle Betriebe à vollkommener Arbeitsmarkt und volle Mobilität der Arbeitskräfte

Für Produktionsfaktoren Kapital und Unternehmerleistung das gleiche, als Mindestforderung
Niederlassungsfreiheit der Unternehmungen und einen gemeinsamen Kapitalmarkt

4. Marginalbedingung: Optimalkombination der Faktoren

ist erfüllt, wenn das Verhältnis der physische Grenzprodukte zweier beliebiger Faktoren bei der Erzeugung eines Gute in allen Betrieben gleich ist, die diese Gut herstellen.

Diese Bedingung fordert die Optimalkombination der Faktoren innerhalb einer Industrie, damit – bei gegebener Anzahl der Betriebe und gegebenem Stand der Technik – die gesamtwirtschaftlichen Durchschnittskosten für die Erzeugung einer gegebenen Menge eines Gutes ein Minimum sind.

Vorraussetzungen:

Gleiche Faktorpreise für die Betriebe

Wie bei der 3. Marginalbedingugn

Zwischenaussage:

Die zweit, dritte und vierte Marginalbedingung implizieren eine Maximierung der Produktion, soweit dies durch optimale Arbeitsteilung, optimale Verteilung der Faktoren auf die Betriebe und eine Optimalkombination der Faktoren in den Betrieben möglich ist.

Für die Maximierung der Produktion in diesem Sinne ist bei Koordination der einzelbetrieblichen Entscheidung durch ein System von Preisen erforderlich:

1. daß die Erzeugerpreise der einzelnen Güter für alle Betriebe gleich sind
2. daß die Preise der einzelnen Faktoren unterschiedslos für alle Betriebe gelten
3. daß die Güter- und Faktorpreise Daten sind, an die sich die Betriebe anpassen müssen
4. daß die Betriebe danach trachten, ihren Gewinn zu maximieren.

Diese Voraussetzungen sind erfüllt im Ideal der vollkommenen Konkurrenz auf vollkommenen Güter- und Faktormärkten.

5. Marginalbedingung:

Die Produktionsstruktur ist optimal, wenn das Verhältnis der sozialen Grenzkosten zweier beliebiger Güter gleich ist dem Verhältnis ihrer sozialen Werte.
Konsumentensouveränität

Voraussetzung:

Vollkommene Konkurrenz auf allen Märkten

Wenn nur in bestimmten Bereichen vollkommene Konkurrenz herrscht, in anderen Sektoren aber die Produktion nicht so weit ausgedehnt wird, bis die (sozialen) Grenzkosten gleich dem Preis sind, liegt eine monopolistische Verzerrung der Produktionsstruktur vor

Ergänzung:

Die sozialen Grenzkosten weichen von den privaten Grenzkosten ab, wenn die Erzeugung eines Gutes externe Wirkungen verursacht, die nicht marktwirtschaftlich abgegolten werden.
Positiv wie negativ

6. Marginalbedingung:

besagt, daß das Optimum nicht erreicht ist, wenn der marginale Vorteil der Nichtverwendung eines Faktors größer oder kleiner ist als der Wert seines Grenzprodukts.

Insbesondere Faktor Arbeit

Bsp. Zusätzliches Einkommen von 5 entschädigt Arbeit X für eine Arbeitsstunde

Wert des physischen Grenzprodukts dieser Arbeitsstunde liegt bei 7, weil K 7 zahlen würde
à Beschäftigungsgrad unter dem Optimum, denn Wohlstand könnte um 2 gesteigert werden

7. Marginalbedingung:

bezieht sich auf den Kapitalmarkt und besagt, daß das Optimum nicht erreicht ist, solange das Verhältnis der Grenznutzen zweier Güter, die zu verschiedenen Zeitpunkten verfügbar sind, nicht bei all denen gleich ist, die diese Güter begehren.

Die Zeitpräferenz der Investoren ergibt sich aus der erwarteten Grenzproduktivität des Kapitals

Vorr.:

Gleichgewichtiger Zinssatz

Die Totalbedingungen:

1. Die Begriffliche Abgrenzung zwischen öffentlichen Gütern, öffentlicher Bereitstellung, öffentlicher Produktion

private Güter: der Nutzen ist internalisiert
der Konsum rivalisiert
das Ausschlußprinzip ist anwendbar
jeder Fremde kann von der Nutzung ausgeschlossen werden

1.1. Das Spezifikum öffentlicher Güter

- Kriterien:
 - a) Nicht-Rivalität
 - b) Unmöglichkeit bzw. Nichtzweckmäßigkeit eines Ausschlusses von der Nutzung

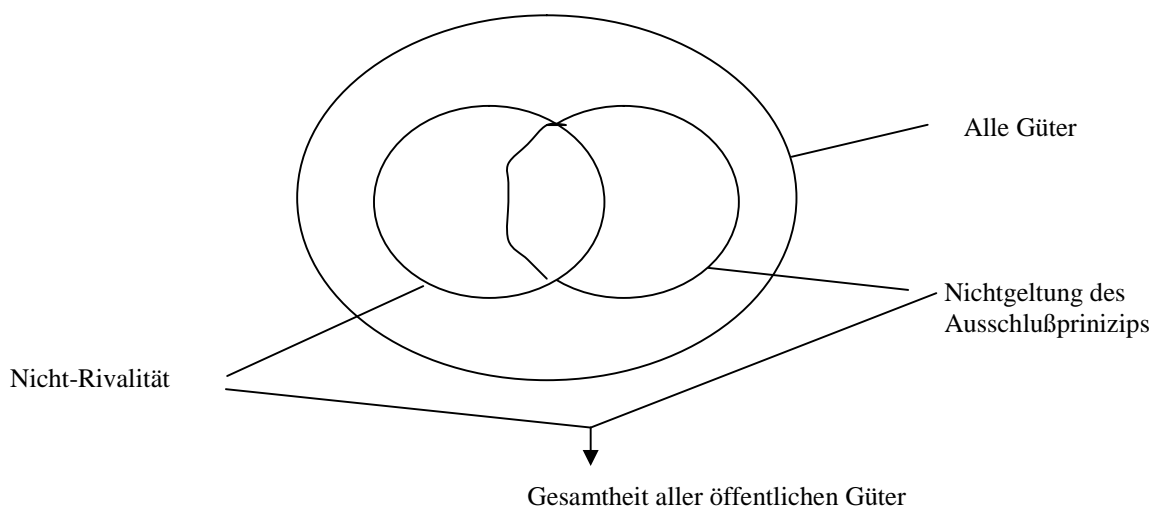


Abbildung 3

Zu a)

- vollkommene Rivalität: Trinken eines Glases Milch
- teilweise Rivalität: Bienen des Imkers Honig und Bestäuben von Nachbars Blumen
- Nicht-Rivalität: Landesverteidigung

öffentliche Güter:

- es wäre ineffizient einen Konsumenten von der Teilnahme am Nutzen eines Gutes auszuschließen, wenn seine Teilnahme den Konsum der anderen nicht beeinträchtigt
 - d.h. Ausschluß unerwünscht, selbst wenn ohne weiteres möglich
 - außerdem Ausschluß oft nicht möglich oder prohibitiv teuer
- unter diesen Bedingungen funktioniert der Markt nicht

-Konsumenten werden auch nicht bereit sein den Anbietern öffentl. Güter freiwillige Zahlungen zu leisten

- externe Effekte (Externalitäten)

als wichtigste Ursache für das Vorliegen öffentlicher Güter und als Argument für öffentliche Bereitstellung

-Situationen, in denen die Nutzen des Konsums nicht begrenzt und nicht einem bestimmten Konsumenten zugerechnet werden können, oder Situationen, in denen die ökonomischen Aktivitäten zu Sozialkosten führt, die nicht von dem Produzenten oder Konsumenten bezahlt werden müssen, der sie verursacht hat

Exkurs externe Effekte

Def. u. Formen der Externalitäten: à Brümmerhoff S. 60ff

-Externalitäten (= spillovers) sind jene aus der Aktivität eines WiSu bei anderen WiSu resultierenden Wirkungen (Vor- und Nachteile), die nicht durch den Preismechanismus gesteuert werden
-Verursacher externer Vorteile werden nicht voll entschädigt, Verursacher externer Nachteile nicht voll belastet

à Interdependenz (direkte Abhängigkeit) zwischen WiSu **und** keine marktmäßige Entschädigung für die Wirkungen dieser Interdependenz

beachte: durch Externalitäten wird Wohlfahrt der WiSu beeinflusst ; fühlt sich niemand beeinflusst, spricht man nicht von einer Ext.

à Existenz von Ext. gilt als wichtigstes Argument für allokatives Marktversagen

Interpendenz: ist eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung
-hinzukommen muß, daß die Wirkungen nicht in den Preismechanismus einbezogen werden, also außerhalb (extern) freiwilliger Marktbeziehungen anfallen
eine Ext. siegt nicht vor, wenn etwa die Nachfrage nach Gut 1 den Preis von Gut 2 beeinflusst. Solche in marktwirtschaftlichen Systemen allgegenwärtigen Interdependenzen sind allokativ unbeachtlich. Die Wirkungen erfolgen nur indirekt durch das Preissystem. Sie verändern nicht die Pareto-Optimalbedingungen oder die privaten Verhaltensweisen. Es kommt nur zu Transfers von Renten.

Internalisierung externer Effekte:

-d.h. ihre Einbeziehung in den Preismechanismus entscheidend ist:

1. die Festlegung entsprechender Eigentumsrechte
2. die Möglichkeit, derartige Eigentumsrechte auf einem Markt zu kaufen oder zu verkaufen
3. jeweilige Konzepte (Maßnahmen) müssen auch durchgesetzt werden können

- Beseitigung negativer Externalitäten bzw. Max. der Differenz zwischen den Wohlfahrtsgewinnen der Produktion und den mit ihr verbundenen Wohlfahrtsverlusten

Möglichkeiten zur Korrektur der Wirkungen negativer Externalitäten: Brümmerhoff S.68ff

-Schaffung eines funktionsfähigen Marktes durch Festlegung von Eigentumsrechten
Verursacherprinzip à negative externe Effekte werden als Kosten aufgefaßt ; Gesamtheit der soz. Kosten sollen dem Verursacher angerechnet werden à soll Schaden regenerieren
-Annäherung der privaten an die sozialen Grenzkosten durch Verhandlungen der Betroffenen
-Auflagen bezüglich Prod. –mengen und Preis
-Gebote Verbote
-Festsetzung von Standards
-Steuern
-Subventionen

à Steuern u. Subventionen gelten seit Pigou als die klassischen Instrumente der Internalisierung von Externalitäten

-Ext. werden neutralisiert, wenn es gelingt durch Steuern o.ä. die Entscheidungskalküle so zu ändern, daß die Gleichheit von soz. Grenzwertprodukt u. Faktorpreis hergestellt wird

-negative Ext. erfordert Steuer positive Ext. Subvention

- Mischgüter

In den vorhergehenden Ausführungen wurde eine scharfe Unterscheidung vorgenommen zwischen privaten Gütern, wie Bier, deren Nutzen ganz internalisiert sind (sie rivalisieren), und anderen Gütern, wie Umweelmaßnahmen, deren Nutzen externalisiert sind (sie rivalisieren nicht).

Diese polarisierende Betrachtungsweise war sinnvoll, um den wesentlichen Unterschied zwischen privaten und öffentlichen Gütern zu verstehen, sie ist aber nicht realistisch, denn in der Realität entstehen vielmehr gemischte Situationen verschiedenster Art.

Sie entstehen eben überall dort wo private Konsum- oder Produktionsaktivitäten externe Effekte hervorrufen

1.2. Das Spezifikum öffentlicher Bereitstellung

-rivalisiert der Konsum nicht und/oder ist das Ausschlußprinzip nicht anwendbar so versagt der Marktmechanismus, d.h. eine andere Art der Bereitstellung wird erforderlich
à ein politischer Prozeß der Budgetbestimmung

-Bereitstellung öffentl. Güter durch den Staat nicht Produktion öffentl. Güter
-Bereitstellung instrumentale Ebene

Verweigerung freiwilliger Zahlungen à Steuererhebungen à jeder zahlt für empfangenen Nutzen
Problem: Bestimmung des Nutzens des Empfängers

-niemand wird freiwillig sagen, wie hoch er öffentl. Leistungen einschätzt (jeder ist nur ein Mitglied in einer großen Gruppe, d.h. gesamtes verfügbares Angebot wird durch seinen Kostenbeitrag nicht wesentlich berührt)

à Steuern auf freiwilliger Basis keine Lösung à jeder wird "schwarz" vorziehen

Lösung: politischer Prozeß, der den Marktmechanismus ersetzt, kommt ins Spiel à die Entscheidung mit Stimmzetteln

Entscheidung durch Abstimmung = Substitut der Präferenzenthüllung am Markt

Um als effizienter Mechanismus der Präferenzenthüllung dienen zu können, sollte der Wahlvorgang Steuer- und Ausgabenentscheidungen miteinander verbinden. Dadurch werden die Wähler mit einer Entscheidung über Budgetvorschläge konfrontiert, die ein Preisschild in Form ihres eigenen Steuerbeitrages tragen.

Abstimmungsergebnisse werden sich einer effizienten Lösung annähern

1.3. Das Spezifikum öffentlicher Produktion; allgemeine Rechtfertigungsargumente für öffentliche Unternehmen

-öffentliche Produktion bzw. Verwaltung ist dort zweckmäßig, wo der Staat Auflagen erzwingen (durchsetzen) will à hier würde der Staat selbst produzieren

Staat = starres Gebilde verhindert Flexibilität in der Ausgestaltung, d.h. ist allein zum Wettbewerb nicht fähig

Markt wird hinzugezogen, um Wettbewerb zu ermöglichen à erzwingt Flexibilität

Staat zieht öffentliche Unternehmen zur Produktion heran

Öffentliche Produktion

2. Arten von externen Effekten

- externe Effekte:
 - Auswirkungen die von Wirtschaftssubjekten (Verursacher) ausgehen und andere Wirtschaftssubjekte betreffen
 - ausgelöst durch ökonomische Aktivitäten der Verursacher
 - Auswirkungen: Nutzen oder Produktionsebene eines anderen ist betroffen, wird eingeschränkt o.ä.
- Pekuniäre versus technologische Externalitäten; Einordnung interpersoneller Präferenzabhängigkeiten

Pekuniäre verlaufen über Einkommen und Preise

Tangieren die Budgetfunktion

Beeinträchtigen nicht die Struktur der Nutzen-/Prodkt., sondern nur die Größen und Variablen

Technologische verlaufen über direkten Einfluß auf Nutzen- o. Produktionsfunktion und sind somit allokatationsschädlich

Formeln noch mal anschauen schlecht nachzuvollziehen

Mit Jan besprechen

- Pos. Versus neg. Externalitäten

Eventuell Musgrave S. 77 nachtragen

Externe Nutzen gegen externe Kosten

- Marginale versus inframarginale Externalitäten

e.E. müssen marginal wirksam sein damit der Differentialquotient ungleich null ist ?

- Einseitige versus wechselseitige Ext.

à Reziprozität

wenn wechselseitige Ext. gleich stark, so gleichen sie sich aus, d.h. es wird doch eine effiziente Allokation verursacht (Produktionsstruktur der beiden Güter würde aber aufgrund der e.E. tangiert) jedoch unschädlich

- Externe Beeinflussung des Produktionsprozesses von Unternehmen bzw. der Wohlfahrt von Personen (Kriterium: Betroffener)
- Verursachung von Externalitäten durch Produktion bzw. durch Konsum (Kriterium: Verursacher)
- Input- versus outputabhängige Externalitäten

Verwendung eines Faktors wie z.B. Blei bei der Produktion von Benzin als Problem

- Substitutive versus komplementäre Beziehungen zwischen Externalitäten und internen Nutz- bzw. Kosteneffekten

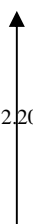
Substitutionalität: lärmintensive Technologie wird durch weniger lärmintensive ersetzt
Kostenfrage

- Von der Zahl der Nutzer abhängige oder unabhängige Externalitäten

3. Aggregation individueller Nachfragefunktionen zu Gesamtnachfragefunktionen im Fall rein privater und rein öffentlicher Güter

a) Fall rein privater Güter

Preis von
privatem
Gut



2.2009 23:31

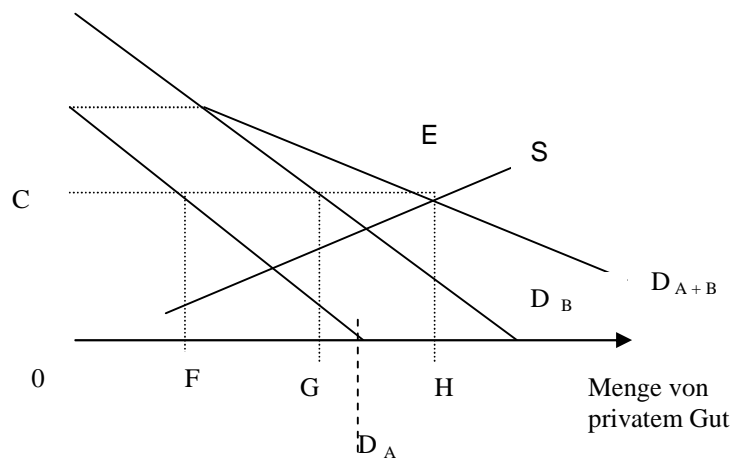


Abbildung 4

Üblicher Markt für ein privates Gut X
 D_A und D_B → individuelle Nachfragekurven
S → Angebot
E → Gleichgewicht
 D_{A+B} → Gesamtnachfrage

D_A und D_B sind die Nachfragekurven von A und B, die sich auf eine gegebene Einkommensverteilung und gegebene Preise für andere Güter beziehen
Die Gesamtnachfrage erhält man durch horizontale Addition von D_A und D_B zu den gegebenen Preisen
Der Preis ist $0C$ und die Ausbringung gleich $0H = 0F + 0G$
 $0F$ wird von A gekauft
 $0G$ von B

- vertikaler Abstand unter der Angebotskurve = Grenzkosten
- vertikaler Abstand unter Nachfragekurve = Grenznutzen der Individuen

in E: Grenznutzen ($0H$) = Grenzkosten (HE) → effiziente Lösung, da Grenznutzen den Grenzkosten bei jedem Konsumenten entsprechen

-ist Ausbringung kleiner als $0H$, so ist Grenznutzen größer als Grenzkosten; umgekehrtes gilt, wenn Ausbringung größer ist als $0H$

- es entstehen Nettonutzen durch Ausdehnung der Ausbringung solange, als der Grenznutzen die Grenzkosten überschreitet; Nettonutzen werden maximiert durch Ausdehnung der Produktion auf $0H$
- Wohlfahrtsverluste würden entstehen, wenn die Ausbringung über $0H$ hinaus ausgedehnt würde, denn dann übersteigen die Grenzkosten die Grenznutzen bei jedem Konsumenten

b) Fall rein öffentlicher Güter

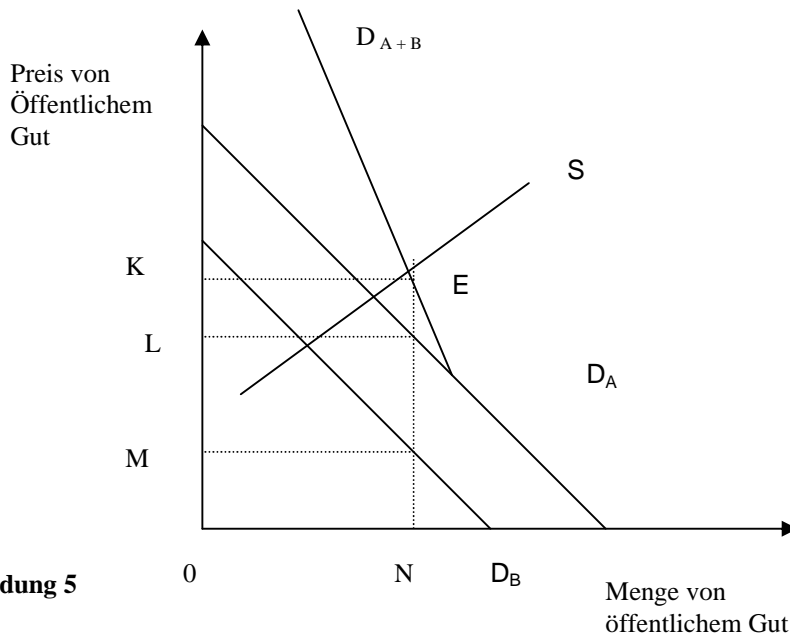


Abbildung 5

- Nachfragekurven basieren auf der unrealistischen Annahme, daß die Konsumenten ihre Präferenzen freiwillig gekanntgeben; sie werden daher als Pseudo-Nachfragekurven bezeichnet

Der entscheidende Unterschied vom Fall des privaten Gutes entsteht dadurch, daß nunmehr die Nachfragekurve D_{A+B} durch eine vertikale Addition von D_A und D_B erzielt wird. Das ergibt sich, weil beide die gleiche Menge konsumieren und jeder sich veranlaßt sieht, einen Preis zu bieten, der seiner Schätzung der Grenzeinheit entspricht. Der Gesamtpreis, der dann zur Verfügung steht, um die Kosten der Leistung zu finanzieren, ist gleich der Summe der Preise, die jeder zu zahlen bereit ist. S ist wiederum die Angebotskurve die die Grenzkosten zeigt (die A und B zusammen auferlegt werden) für verschieden Ausbringungsmengen des öffentlichen Gutes. Das Niveau der Ausbringung ist gleich ON , die Menge, die von beiden A und B konsumiert wird. Der gesamte Preis ist OK , aber der Preis, der von A bezahlt wird, ist OM der von B gleich OL . $OM + OL = OK$. Preis der dann zur Verfügung steht, um die Kosten der Leistung zu finanzieren, ist gleich der Summe der Preise, die jeder zu zahlen bereit ist.

Der vertikale Abstand unter den Nachfragekurven jedes Individuums zeigt die erzielten Grenznutzen. Da sich beide den Konsum des gleichen Angebots teilen, wird der Grenznutzen, der aus jedem Angebot zu erzielen ist, durch eine vertikale Addition herbeigeführt. Damit zeigt der Gleichgewichtspunkt E nunmehr die Gleichheit der Summe der Grenznutzen und der Grenzkosten des öffentlichen Gutes. Ausbringung geringer als ON vorteilhaft sie auszudehnen, da Grenznutzen Grenzkosten übersteigt und umgekehrt Ausbringung über ON Wohlfahrtsverluste.

Zusammenfassung:

Somit sind die beiden Fälle vergleichbar mit der wichtigen Unterscheidung, daß im Fall der **privaten** Güter: Effizienz die Gleichheit des Grenznutzens mit den Grenzkosten für **jedes** Individuum erfordert. Während im Fall der **öffentlichen** Güter: die Grenznutzen der beiden Konsumenten verschieden sind und die **Summe** der Grenznutzen (oder Grenzkosten der Substitution) den Grenzkosten entsprechen müssen.

Die Abbildungen 1 und 2 zeigen auch, daß bei Anwendung der gleichen Preisbildungsregel für die öffentlichen und privaten Güter, nach der der Preis, den der Konsument bezahlt, seinem Grenznutzen entspricht, in beiden Fällen unterschiedliche Ergebnisse entstehen. Während im Fall des privaten Gutes A und B den gleichen Preis zahlen, aber unterschiedliche Mengen kaufen, erwerben sie im Fall des öffentlichen Gutes die gleiche Menge, zahlen aber verschiedene Preise.

4. Musgraves Beispiele für private und öffentliche Güter: eine kritische Darstellung der Musgraveschen Charakterisierung

Passage einer Brücke

Beispiel siehe Hefter Janet komisch mit Jan besprechen

5. Effiziente Allokation in einem 2-Personen-Modell mit einem rein öffentlichen und einem rein privaten Gut – mikroökonomische Totalanalyse

Aufgabe: effiziente Lösungen zu entwickeln

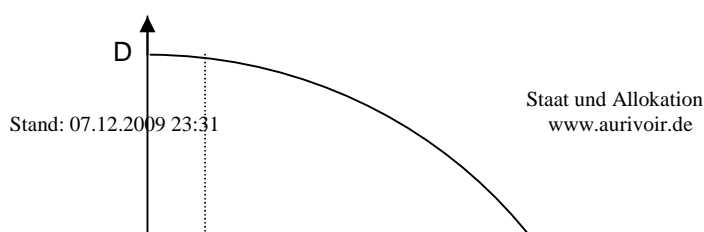
Annahmen für das Modell:

- 2 Güter ($X = 1$ priv; $S = 1$ öffentl.)
- 2 Personen mit jeweils einer Präferenzfunktion auf beide Güter
- Existenz eines wohlwollenden Diktators (allwissender Planer)
- Aufdeckung der Präferenzen

Effizienzregeln: unterscheiden sich vom abgehandelten Fall der privaten Güter im § 2 und im Musgrave S. 92 ff nochmal einfacher dargestellt

die Bestimmung der Produktionsmöglichkeitskurve CD erfolgt wie bei privaten Gütern, die Kombination von X und S, die bei verfügbaren Ressourcen produziert werden können

Änderung: Da Konsumenten mit unterschiedlichem Geschmack und unterschiedlichem Einkommen nicht den gleichen Umfang öffentlicher Güter konsumieren, können sich ihre Grenzraten der Substitution öffentlicher von denen privater Güter unterscheiden. Da die Grenzrate der Transformation für alle gleich ist, ist es nicht länger möglich, daß die beiden Substitutionsraten für alle Konsumenten gleich sind. Statt dessen erfordert die Effizienz nunmehr eine Gleichheit zwischen der Grenzrate der Transformation bei der Produktion und der Summe ihrer Grenzraten der Substitution beim Konsum .



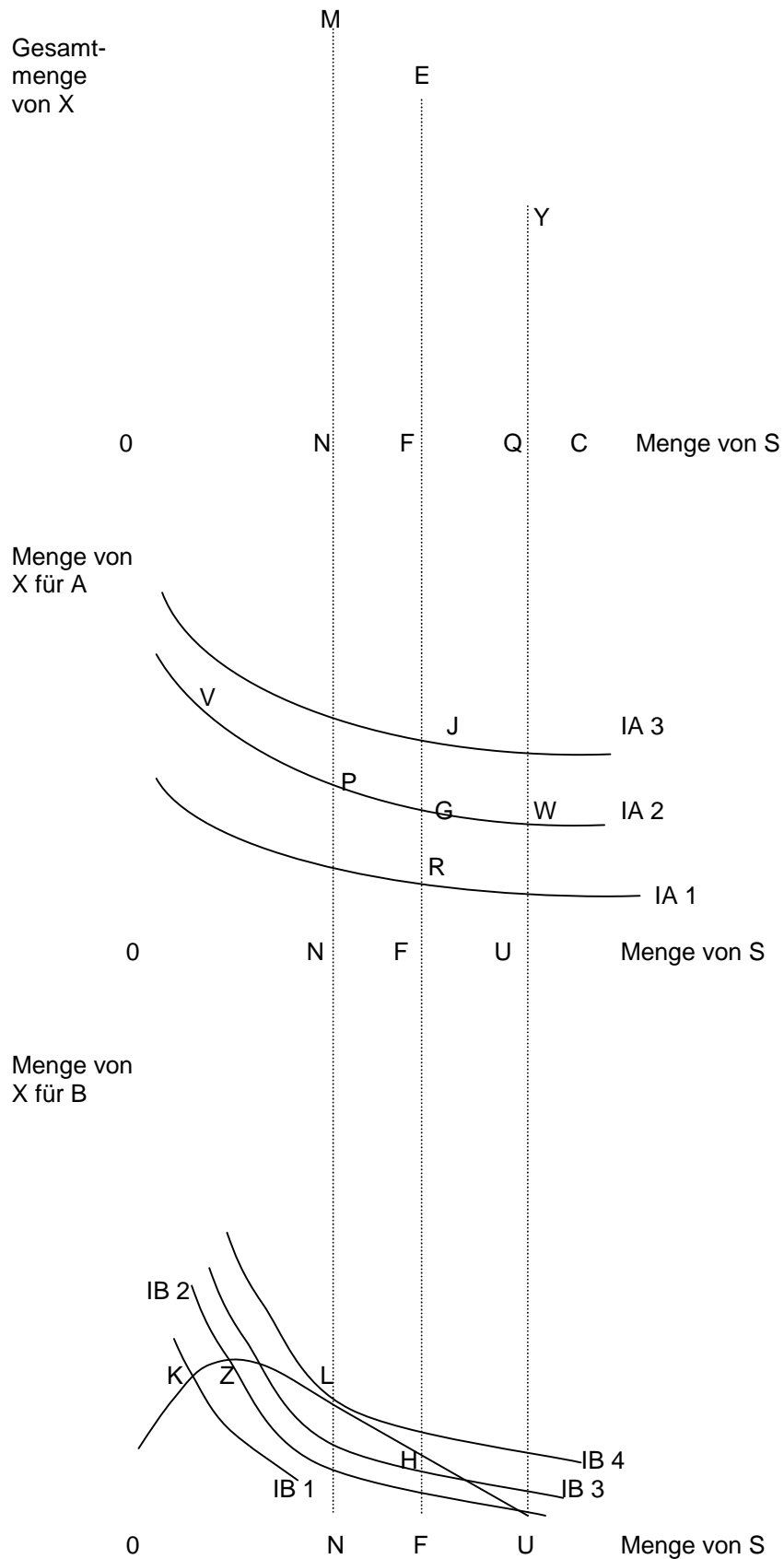


Abbildung 6

Lösung:

Die Achsen im mittleren Teil der Grafik zeigen die Mengen von X und S die A konsumiert
Die Achsen im unteren Teil der Grafik zeigen die Mengen von X und S die B konsumiert

Da beide die gleiche Menge des öffentlichen Gutes S konsumieren werden sie sich auf dem gleichen Punkt der Abszisse befinden

Da sie jedoch unterschiedliche Mengen des privaten Gutes X konsumieren können befinden sie sich auf verschiedenen Punkten der Ordinate

Zu beachtende Bedingung: die Mengen des Gutes X, die von A und B konsumiert werden, sind gleich der Gesamtausbringung von X im obersten Teil der Grafik

Wenn A sich in der mittleren Grafik bei G befindet dann:

à konsumiert er von S = OF

à und von X = FG

Die effiziente Ausbringungskombination aus der oberen Grafik beträgt OF und FE

wenn A FG konsumiert bleibt für B noch $FE - FG = FH$

B wird somit auf H plziert

wenn man sich nun auf der Indifferenzkurve IA 2 weiterbewegt zu den Punkten P, T und V, so ergeben sich wie eben errechnet für diese Punkte, die Punkte L, Z und K für B

wenn sich also A auf dem selben Wohlfahrtsniveau von W nach links entlang IA 2 bewegt, dann bewegt sich B nach links entlang ULK

da alle Punkte für A gleich gut sind, wird die Wohlfahrt durch die Entscheidung für den Punkt, der als bester für B anzusehen ist, maximiert

dieser Punkt ist L, wo ULK B's Indifferenzkurve IB 4 tangiert, denn dies ist die höchste Kurve die B auf ULK erreichen kann

Wenn A auf IA 2 verbleibt, so ist die **beste Lösung** diejenige bei der **A à P** und **B à L** erreichen

Die gesamte Ausbringung von S ist ON

Von X = NM und zwar aufgeteilt mit A = NP und B = NL

Diese Vorgehen kann nun mit den anderen Wohlfahrtsniveaus von A ; IA 3 oder IA 1 wiederholt werden

Für jedes dieser Niveaus erhalten wir für B eine neue Linie entsprechend ULK und ein neues Optimum entsprechend L

Auf diese Weise gelangen wir zu einer Anzahl von Lösungen, die verschiedenen Wohlfahrtsniveaus von A und B entsprechen ; alle sind paretooptimal und erfüllen die für die öffentlichen Güter gegebene Bedingung der Gleichheit der Summe der Grenzzraten der Substituten beim Konsum und der Grenzrate der Transformation bei der Produktion

Ein allokatives Optimum ist erreicht bei diesen Punkten

Diese können zu einer Linie verbunden werden (ähnlich der Kontraktkurve in der Edgeworthbox)

Diese Nutzenniveaus auf den beiden allokativen Optimumlinien (im mittleren und unteren Teil der Grafik) können nun wieder gegenübergestellt werden

Wobei ordinale Nutzengrößen verwendet werden(U kann nicht kardinal gemessen werden) also Rangordnungsaussagen

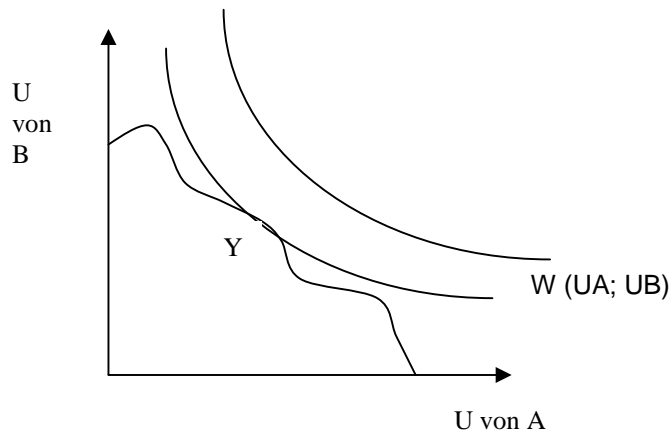


Abbildung 7

W = soziale Wohlfahrtsfunktion wird ausgedrückt durch gesellschaftliche Indifferenzkurven
Der Berührungspunkt der Nutzenkurve mit der höchstmöglichen gesellschaftlichen Indifferenzkurve liegt bei Y

Y ist das **optimum optmorum** die beste aller möglichen Lösungen

Gesellschaftliche Wohlfahrtsmaximierung durch optimale Verteilung
Also ein Optimum welches allokativ und distributiv gilt

6. Veranschaulichung der effizienten Bereitstellung von Mischgütern – Partialanalyse eines Marktes

- Exkurs Mischgüter: Brümmerhoff S. 88ff
à unvollständige öffentliche und unvollständige private Güter

-von Bedeutung sein Nutzerzahl und Ort der Bereitstellung

öffentl.: zusätzliche Nutzer bringen Vorteil für alle, da weitere Finanzquelle
optimale Nutzergröße = Kapazitätsgrenze

- bei Überfüllung (Überschreitung der Kapazitätsgrenze) sinkt die Qualität des öff. Gutes
à das Gut ist nur solange rein öffentlich, bis Überfüllungskosten auftreten, dann wird es zunehmend rival

à Ausschlußmechanismus wird möglich, da individuelle Preise für die Nutzung des Gutes erhoben werden können ; Bsp. Badeanstalten, Tunnel, Sportclubs

-die Bedingungen für die Optimale Bereitstellung des reinen öffentlichen Gutes bleiben erhalten
-mit zunehmender Rivalität wächst die Bedeutung der Eigenschaft eines privaten Gutes

- öffentliche Güterprobleme entstehen nicht nur im budgetärem Zusammenhang, sondern überall dort, wo priv. Konsum- u. Produktionsaktivitäten externe Effekte hervorrufen

- Mischgüter mit positiven externen Effekten (externe Nutzeneffekte)

Bsp.: Impfung gegen Kinderlähmung entspricht privater Konsumaktivität
à jedoch externer Nutzeneffekt für andere, da Gefahr der Ansteckung reduziert wird
à gesellschaftlicher Nutzeneffekt

à das Gut Impfung ist nicht mehr rein privat, denn es hat auch gesell. Nutzen à **Mischgut**

D_p à Nachfrage nach privatem Nutzen (horizontale Addition der einzelnen Nachfragen)

D_x à "Pseudo- Nachfrage" hinsichtlich der externen Nutzen (marginale Zahlungsbereitschaften für die Menge des öffentlichen Gute, Bewertung dieser Nutzen, vertikale Addition der individuellen Nachfragen)

D_s à vertikale Addition von D_p und D_x à Kurve der gesamten Nutzen; enthält also D_p und D_x -Komponenten

à priv. Markt gelangt zu Gleichgewichtsausbringung $0Q_p$, da nur die D_p Kurve durch freiwillige Käufe gedeckt ist; dies ist jedoch ineffizient, da die optimale Ausbringung bei Q_s liegt, wo die externen oder gesellschaftlichen Nutzen einbegriffen sind

- um die Ausbringung auf Q_s auszudehnen, sollte die öffentliche Hand einen Zuschuß pro Einheit zahlen, der der Differenz zwischen D_s und D_p entspricht

- bei Q_s ist die Differenz gleich FC

-Zuschuß erhöht die effektive Nachfrage auf D_s und läßt die Ausbringung auf $0Q_s$ ansteigen

-Konsumenten zahlen Nettopreis $0R$ und der Zuschuß deckt die Differenz RT

-gesamte Kosten für den Zuschuß betragen $RTCF$ à sie werden vom Budget übernommen und finanziert aus Steuern

-Alternativ kann der Zuschuß dem Produzenten zugute kommen, der seine Netto-Angebotskurve dann auf S_n senkt

die Einschätzung der externen Nutzen und damit die Bestimmung des Zuschußanteils bringt das Problem der Präferenzenthüllung mit sich à Lösung mittels eines politischen Prozesses wird erforderlich

- Extrem:
rein privates Gut: FC wird Null, da D_s mit D_p identisch à keine Zuschußzahlungen

- Extrem:
rein öffentliches Gut: D_s entspricht D_x , mit öffentlichem Zuschuß muß der gesamte Preis gedeckt werden, da die gesamten Nutzen externer Art sind

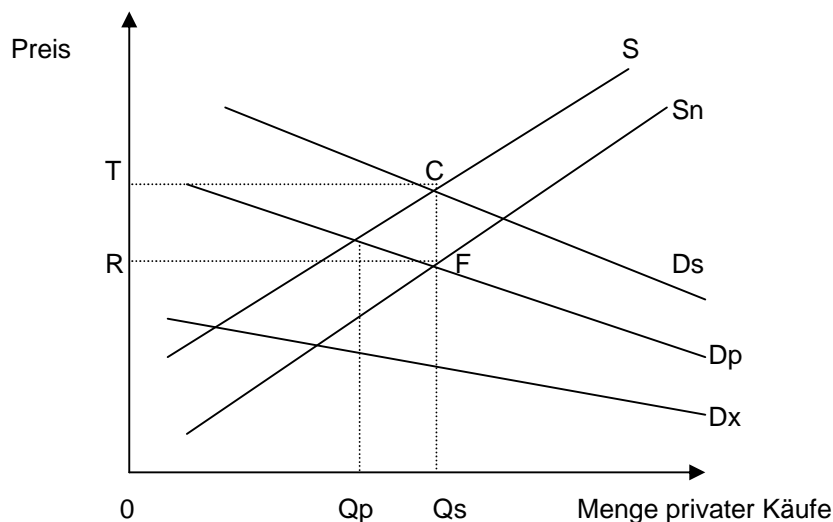


Abbildung 8

- Mischgüter mit negativen externen Effekten

-private Verbrauchs- oder Produktionsaktivitäten die Kosten verursachen die nicht internalisiert sind, d.h. die von Konsumenten oder Produzenten nicht getragen werden

- der Gesellschaft werden Kosten auferlegt, die nicht verrechnet werden und die betreffenden Aktivitäten werden tendenziell zu stark ausgedehnt

- D ist die Marktnachfrage für ein privates Gut

- S_p ist die Angebotskurve, die die internen oder privaten Kosten des Unternehmens wiedergibt

- OM ist die Ausbringung
- OR der Preis

eine effiziente Lösung erfordert die Berücksichtigung der externen Kosten, die durch Se dargestellt werden

Um eine Ausbringung bei ON mit einem Preis gleich OT zu sichern, muß die öffentliche Hand dem Produzenten eine Steuer gleich $E0 = TF$ auferlegen und damit die Angebotskurve auf St erhöhen
In St werden sowohl die privaten als auch die gesellschaftlichen Kosten wiedergegeben

Die Gleichgewichtsausbringung liegt nun bei ON

Oder es kann dem Konsumenten eine Steuer auferlegt werden, die die Nettonachfragekurve auf Dn absinken läßt

Der Fall externer Kosten verlangt nach einer Schadensteuer

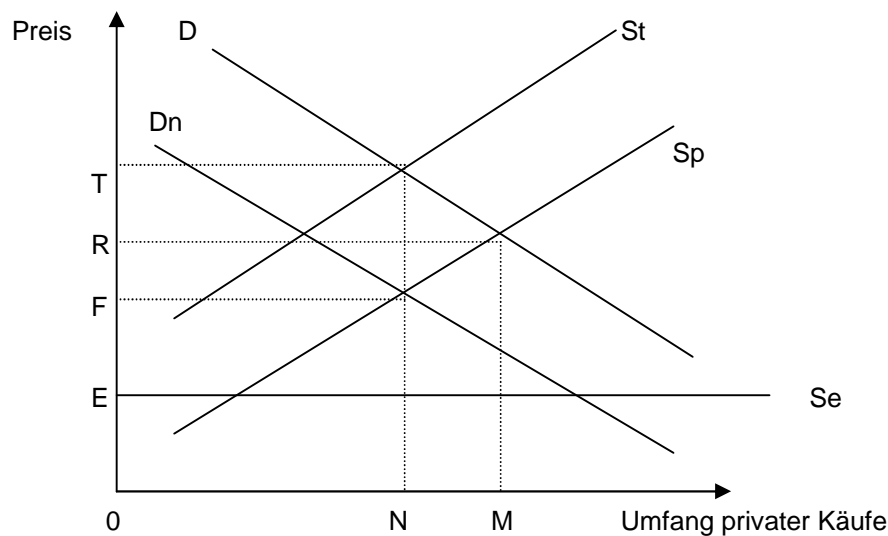


Abbildung 9

Verhinderung versus Beseitigung von Schadenswirkungen

Umweltfreundliche Technologie wird gegen umweltschädliche ersetzt, wenn keine starre Komplementarität besteht (nur Wechse der Technologie erforderlich)

- à höhere Kosten
- mehr Ressourcen müssen eingesetzt werden
- Gesamtkosten steigen
- Gesamtproduktionsmenge eventuell eingeschränkt einhergehend mit Rückgang der Nachfrage

Problem einer technologischen Kostengünstigkeit (Beseitigungskosten im Vergleich zu Verhinderungskosten)

Verursacherprinzip (bei Steuererhebung) versus Gemeinlastprinzip (bei Subventionen) der Kostenanlastung

- Verursacherprinzip:
 - Negative externe Effekte werden als Kosten aufgefaßt
 - Schaden wird als Steuer dem Verursacher auferlegt (Pigou-Steuer)
 - Externe + private Kosten = Gesamtheit der sozialen Kosten sollen dem Verursacher angerechnet werden, er soll Schaden regenerieren
 - Steuer kann an Nachfrage- und Angebotsseite anknüpfen
 - Welche Möglichkeit gewählt wird, hängt von Nachfrager- und Anbieteraufkommen ab

z.B. wenige Anbieter → Steuer auf Angebotsseite
→ Frage der billigsten Kostendurchführung

- **Gemeinlastprinzip:**
Staat hat Schadenskosten zu tragen, d.h. Verursacher werden nicht belastet, sondern nicht-schadensverursachende Subjekte → nicht-schadensverursachenden Aktivitäten werden zurückgedrängt
z.B. über den Staat werden T indirekt erhoben → Belastete werden Prod. zurücknehmen
→ Steuerung des Ressourceneinsatzes ist nach dem Gemeinlastprinzip nicht effizient

nur dort wirksam, wo Schäden bereits vollzogen sind, d.h. die im Nachhinein beseitigt werden sollen
hier besteht keine andere Möglichkeit

- **Betrachtung von Schadenswirkungen:**
Bei völlig preisunelastischer Nachfrage keine Mengenanpassung
Steuerkorrektur mindert schadensverursachende Aktivität bzw. den durch sie entstehenden Schaden
Steuerkorrektur beseitigt die Aktivität nicht vollständig

- **Instrument des Staates bei Allokationsdurchführung: Brümmerhoff S. 66ff**
 - Steuern
 - Verursacherprinzip (welches durch Steuern beachtet werden soll)
 - Pigou-Steuer (Standardpreisansatz)
 - Subvention (Gemeinlastprinzip, d.h. nur bei nachträglichen Schäden)
 - Auflagen, Gebote, Verbote (damit fallen aber auch Vorteile aus Konsumentenrente weg → dieser Wegfall kann größer sein als Nutzen aus Emissionswegfall)
 - Emissionsrecht (z.B. Vergabe durch Versteigerung oder nach Quotierungsverfahren)

→ Kontrollen (Prüfungen) sind bei allen Instrumenten erforderlich

7. Verhandlungen in kleinen Gruppen (Coase-Theorem)

öffentliche Güter (Nicht-Rivalität ; Nichtausschluß)

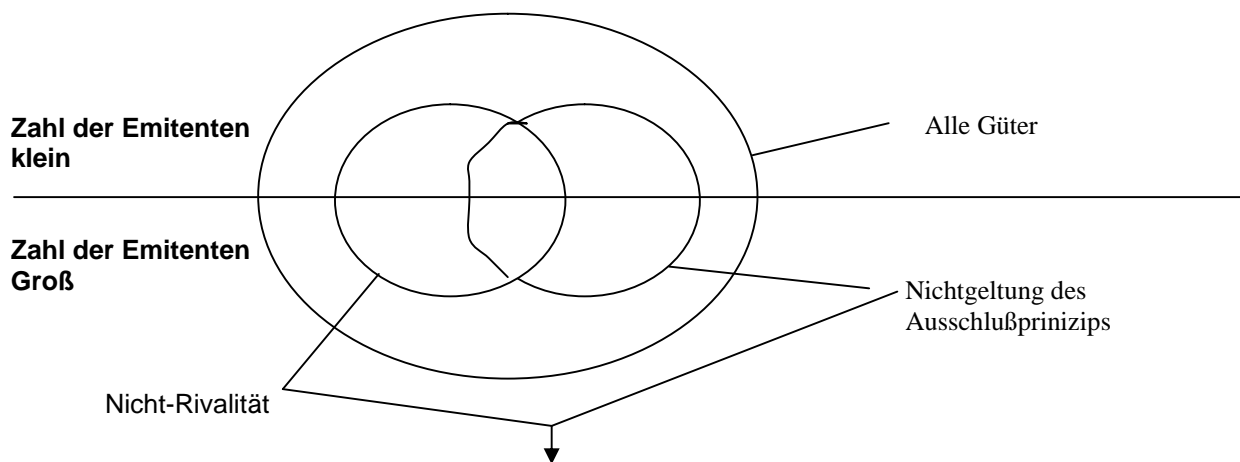


Abbildung 10

Gesamtheit aller öffentlichen Güter

Unterer Teil der Brille → durch staatliche Aktivitäten steuerbar
Oberer Teil → private Regulierung

Der Fall kleiner Zahlen:

Bsp.: Extremfall → rein öffentliches Gut
2 Personen beide Konsumenten am Nutzen eines öffentlichen Gutes beteiligt

die Bereitstellung kann von A oder von B finanziert werden
in jedem Fall stehen die bereitgestellten Mengen beiden gleichermaßen zur Verfügung

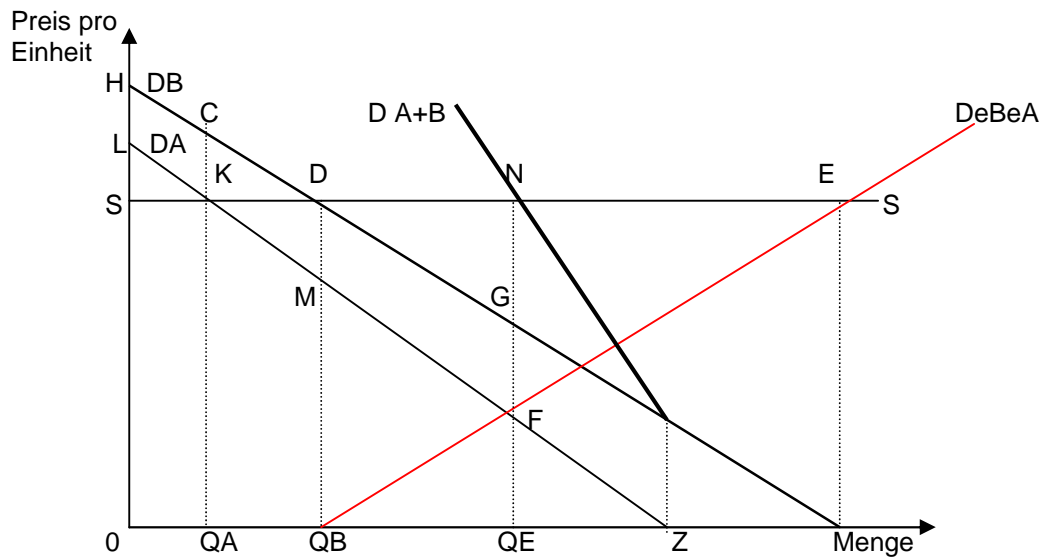


Abbildung 11

-Kurven der marginalen Zahlungsbereitschaft (Grenznutzen); Nachfragekurven DA und DB
-SS ist die Angebotskurve (Grenzkosten)

rechts von Z fragt nur B nach
vertikale Addition von DA und DB ergibt D A+B

N à QE effiziente Menge

D à QB ist die Menge die B nachfragt, wenn er alleine ist

Daraus folgt:

à A bezieht Konsumentenrente von 0 bis QB

à A nutzt hier mit und zahlt nichts

à A entdeckt die Möglichkeit zu handeln mit B, um noch mehr Nutzen zu können, d.h. er will mit B verhandeln, so daß ihm aber kein Nachteil entsteht (A will also nicht mehr zahlen, als es seiner marginalen Zahlungsbereitschaft entspricht)

aber Differenz zwischen S und Nachfrage von B würde B nie tragen, d.h. das ist Deckungsbeitrag von A à also Dreieck DNG

bei QE müßte A einen Deckungsbeitrag von NG leisten

DeBeA-Kurve die von A abverlangten Deckungsbeiträge

à Schnittpunkt von Restnachfrage von A (ZM) und DeBeA-Kurve ergibt Gleichgewichtspunkt F

0-QE Gleichgewichtsmenge

-B zahlt von QE bis G, d.h. GN wird von ihm nicht abgedeckt, das zahlt A

Es besteht jedoch wenig Grund zu der Annahme, daß die Konsumenten sich derart verhalten und es zu dieser Lösung kommt, beide werden versuchen besser davon zu kommen indem sie Preise unterhalb des Maximums bieten und die Wirkungen seines Verhaltens auf den anderen berücksichtigen und sich strategisch verhalten

Aufteilung der Konsumentenrente

à Es besteht ein Anreiz sich durch private Verhandlungen auf die Menge QB zu einigen

- Verhandlungsanreiz ist grundsätzlich effizienzfreundlich, es ist aber nicht gesagt, daß wirklich eine effiziente Lösung realisiert wird, d.h. es ist ungewiß ; aber man kann davon ausgehen, daß immer eine Optimumtendenz besteht

Coase:

-bei wenigen Subjekten gibt es immer einen Anreiz sich zu einigen und entstehen werden mindestens effizienznahe Lösungen
(Unterscheidung zwischen Lösungen nach Verursacherprinzip, klar geregelte Eigentumsverhältnisse; und Lösungen nach dem Laissez-fair-Prinzip)
allokativ sind beide Lösungen gleich gut

eine effiziente Lösung kann also ohne öffentliche Intervention erzielt werden
Musgrave S.84

Coase-Theorem: 2. Ausarbeitung

Bezüglich negativer externer Effekte → private Internalisierungsmöglichkeit

-Annäherung der privaten an die sozialen Grenzkosten zwischen den Betroffenen durch Verhandlungen

-die von Ext. Betroffenen müssen die Verursacher der Ext. und den Schaden kennen

-Grenzscha-den der Betroffenen muß größer als Grenzgewinn der Produzenten aus schadenverursachener Aktivität sein

-Eigentumsrechte müssen festliegen

-haben Beteiligte ein Interesse daran, da kann es durch Verhandlungen zu effizienten Lösungen kommen

-es gibt 2 Möglichkeiten:

- a) Laissez-faire-Prinzip: Schadensverursacher hat das Recht, andere WiSu mit negativen Ext. zu belasten → Verursacher muß Zahlungen an Betroffenen leisten
- b) Verursacherprinzip: Geschädigter hat das Recht, die Abstellung der Aktivität zu verlangen → Geschädigter bekommt Entschädigung

Diese Äquivalenz wird als Coase-Theorem bezeichnet → Coase zeigte, daß der optimale Umfang der externen Belastungen hervorrufenden Aktivität nicht davon abhängt, wer diese Rechte hat → d.h. die allokativ Wirkung der Ausübung des Rechts ist jeweils die gleiche

Allerdings sind die Wirkungen auf die Verteilung unterschiedlich:

Der Schädiger ist bessergestellt, wenn er seine Aktivitäten fortsetzen kann

Der Geschädigte ist bessergestellt, wenn er deren Abstellung verlangen kann

→ Verhandlungen um Einigung zu erzielen

8. Konzept der Clarke-Groves-Steuer zur Präferenzdeckung im Fall großer Gruppen

der politische Entscheidungsprozeß ebenfalls unvollkommen

in der Literatur einige Überlegungen, welche Bedingungen ein erfolgreicher ökonomischer Mechanismus zur Präferenzenthüllung erfüllen muß

es geht dabei um eine institutionelle Zwangsregelung, mit der ökonomische Lösungen des Schwarzfahrerproblems erreicht werden können

-dabei soll der Eigennutz herangezogen werden, um Informationen über die wahren Präferenzen zu erhalten

Das gemeinsame Merkmal verschiedener Lösungsvorschläge, daß Personen in der Gestaltung der Besteuerung eine Chance sehen durch Mitwirkung am Entscheidungsprozeß das Ergebnis zu ihren Gunsten zu beeinflussen

Hierbei zahlt jeder eine Steuer für die Vorteile hieraus

Personen werden mit willkürlichem Anteil an den Kosten des öffentlichen Gutes belastet → fiskal. Steuer (Pauschalsteuer)

Clarke Groves haben eine Lösung des Problems vorgeschlagen:

Habe alles soweit verstanden Unterschied der Clark-Steuer im Brümmerhoff und Hefter besprechen mit Jan

9. Die Natur der Bedürfnisse und die Rolle meritorischer Güter

- Begründung des meritorischen Charakters

-meritorische Güter sind Güter, deren Bereitstellung die Gesellschaft (unabhängig von den Präferenzen des individuellen Konsumenten) zu begünstigen sucht
Bsp. Sozialer Wohnungsbau wird mit öffentlichen Mitteln gestützt

-demeritorische Güter sind Güter, deren Bereitstellung die Gesellschaft zu benachteiligen sucht
Bsp. Beträchtliche Steuern werden auf Alkohol erlegt
Meritorisch = erwünscht
Demeritorisch = unerwünscht

Konzept meritorischer Güter kann als Vehikel für totalitäre Regelungen dienen
Es existieren Gemeinschaftsbewertungen und ein Verantwortungsbewußtsein für das Ganze in einer solidarischen Gesellschaft; ihre Existenz kann individuellen Entscheidungen gewisse Begrenzungen auferlegen

Menschen gelangen zu gemeinsamen Interessen aus dem Miteinander
Solche Gemeinschaftsinteressen und Werte können Anlaß zu Gemeinschaftsbedürfnissen bilden, d.h. Bedürfnissen, die die Individuen als Teil der Gemeinschaft zu unterstützensich verpflichtet fühlen
Verpflichtungen dieser Art können, als außerhalb der üblichen individuellen Entscheidungsfreiheit liegend, akzeptiert werden.

Aber nicht alle Situationen, in denen auf den ersten Blick Gemeinschaftsbedürfnisse gegeben sind, fallen in diese Kategorie; d.h. die individuelle Entscheidungsfreiheit kann auch in anderen Situationen begrenzt sein à Bsp. 5 bei Musgrave S. 89 Bdl
à In diesen Situationen unternimmt die Gesellschaft eine Korrektur von Fehlern in einem Prozeß, mit dem der individuellen Entscheidung zum Durchbruch verholfen wird.

-Inkonsistenz der Individualpräferenzen
-mangelnde Rationalität
-Informationsmängel

- Problematik des autoritären Charakters einer Auferlegung fremder Präferenzen

Fall des Diktators nicht zu legitimieren

Probleme meritorischer Güter:

Individualpräferenzen sind inkonsistent

Ind. Verhalten sich nicht rational, d.h. maximieren ihren Nutzen nicht

Mangel an vollständiger Information über bestimmte Eigenschaften des Gutes

-Fehleinschätzung der eigenen künftigen Bedürfnisse
à Sozialversicherungspflicht à verhindert eigene Vorsorge
Mißachtung der Bedürfnisse künftiger Generationen

Ordnungspolitische Lösung indem Infos bereitgestellt werden Aufklärungspolitik

- Anwendung auf die Problematik zweckgebundener Transfers

Bsp. Süchtige ; Alte

Problem der Mündigkeit à Bevormundung und Einschränkung in eigenständige Autonomie

Alles sehr vage im Heft nicht viel bei Musgrave ?

- Meritorische Güter: Brümmerhoff S. 96ff

Der Staat hat nach Musgrave nicht nur die Aufgabe öffentliche Güter bereitzustellen. Er hat auch in bestimmten Fällen, in denen der Markt zwar technisch die Versorgung gewährleistet, aber unerwünschte Ergebnisse hervorbringt, in die individuelle Konsumwahl einzugreifen (z.B. über

Unterstützungen mittels des Budgets). Die Gründe hierfür liegen in verzerrten Präferenzen, fehlenden oder falschen Informationen oder in irrationalen Entscheidungsträger Bürger.
Musgrave bezeichnet Güter als meritorisch (demeritorisch), deren Nützlichkeit (Nachteile) die Bürger verkennen.

Bedenklich für das individualistische Modell sind jedenfalls die Aktivitäten, bei denen in die Präferenzen einfach deswegen eingegriffen wird, weil die Entscheidungsträger ihre eigenen Präferenzen für besser halten und allen auferlegen wollen: Denn woher wissen die Informierten, was für die Nichtinformierten besser ist – Handeln des einzelnen oder des Staates?
Ist mit einem Parlamentssitz geichsam auch die Erleuchtung verbunden, wo das wohlverstandene Interesse des einzelnen liegt, obwohl die von ihm faaktisch auf dem Markt geäußerten Präferenzen anders lauten?

à Um ein meritorisches Gut zu identifizieren, reicht es aus, darauf hinzuweisen, daß der Staat tatsächlich in dem Marktmechanismus eingreift, ohne daß die üblichen Argumente des Marktversagens vorliegen.

§ 4 Die finanzpolitische Willensbildung

1. Die Steuerungsfunktion kollektiver Willensbildungsprozesse im Bereich öffentlicher Güter; Analogie zur Steuerungsfunktion der Marktpreise im Bereich privater Güter

Budgetbestimmung ein politischer Prozeß

Ausgangspunkt ist wieder der einzelne Konsument als letztendlicher Nutznießer der öffentlichen Leistungen, dessen privater Konsum sich reduziert, wenn Ressourcen auf den öffentlichen Sektor übertragen werden

Die Schlüsselfrage besteht darin, wie seine Präferenzen dabei zum Ausdruck gebracht und umgesetzt werden können

In kleinen Gruppen durch Verhandeln, jedoch solche Lösungen nicht möglich für politische Einheiten, die mit großen Zahlen zu tun haben
Transaktionskosten zu hoch

Die individuellen Präferenzen müssen in eine Budgetentscheidung durch einen politischen Prozeß überführt werden, der die durch die Wahl zum Ausdruck gebrachten Präferenzen der Individuen widerspiegelt und die Reaktion derjenigen politischen Parteien oder politisch Verantwortlichen zum Ausdruck bringt, denen er die letzte Entscheidung überträgt.

Warum ein rationaler Wähler sich am Wahlprozeß beteiligt?

Nur zu vernachlässigende Wahrscheinlichkeit der Ergebnisbeeinflussung
Verantwortungsbewußtsein als Mitglieder einer demokratischen Gesellschaft, kaum rationales Verhalten im engen Wortsinn

Umfang des Budgets wird in einer Abstimmung bestellt

Niemand kann sich dieser Lösung entziehen → jeder wird an Lösung mitwirken wollen und somit seine Präferenzen enthüllen

2. Verteilung der Stimmrechte

Jede Person eine Stimme → radikalegalitäre Norm

Im ökonomischen Bereich Verteilung von "DM-Stimmen" → nichtegalitäres Stimmrecht
Abgestimmt wird nach Kaufkraft, Vermögen das jemand besitzt, Vermögen schafft bestimmte Macht
Marktsystem → Leistungssystem daher in Ordnung, wenn Vermögen/Einkommen Macht schafft
Nicht ok wenn Vermögen/Einkommen erworben wird ohne entsprechende Leistung zu erbringen (man erhält Transfers ohne Leistungen)

Mögliche Kriterien der Verteilung von Stimmrechten

-Vermögen/Einkommen

- Bildung oder großer Sachverstand
- Minimal-Kriterien, wie z.B. Lesen können
- im Innerbetrieblichen Entscheidungsprozeß → nach Sachverstand/Bildung
- soziale Klassen(z.B. 3-Klassenwahlrecht)
- egalitäre Stimmrechte (jeder hat gleiche Stimmfreiheiten)
- auch hier Problem der Mündigkeit → Wahlrecht ab bestimmtem Alter
- Verzicht auf Stimmrecht ist auch möglich

3. Abstimmungsverfahren ausführlicher nochmal dargestellt unter Punkt 7

- a) Einstimmigkeitsprinzip
- b) Prinzip der einfachen Mehrheit; Mehrheitsabstimmung, Stimmenmehrheit

Bei Alternativabstimmung: 50%

Pluralitätswahl:

- Alternativen werden nach Prioritäten durchnummeriert (Rangzahl)

Punktewahl:

- bestimmte Anzahl von Punkten die Wähler auf Alternativen verteilen können

4. Anforderungen an Abstimmungsprozesse bzgl. der kollektiven Rationalität der Abstimmungsergebnisse

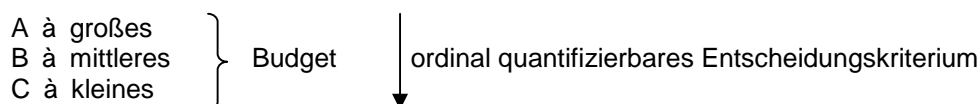
- a) freie Entscheidungsmöglichkeit der Wähler muß gegeben sein
- b) Individualpräferenzen des einen dürfen auf andere Individuen keinen Einfluß haben (gesichert durch Stimmrechtsverteilung) → es darf keinen Diktator geben → Demokratieregel
- c) Gesellschaftliche Souveränitätsregel → gesellschaftliche Präferenzen dürfen nicht völlig unabhängig von Individualpräferenzen sein
- d) Rangfolge der Alternativen in der soz. Präferenz darf nicht entgegengesetzt der Rangfolge der individuellen Präferenzen sein
- e) Individualistisches Werturteil
- f) Sollte nicht durch strategisches Vorgehen gestört werden
- g) Transitivität; $A > B > C$ → A wird B und B wird C vorgezogen; d.h. $A <$ darf nicht gelten

5. Möglichkeit paradoxer Abstimmungsergebnisse bei Mehrheitswahlen (Arrow-Paradox → bezieht sich nur auf Mehrheitswahl)

- Es ist möglich, daß alle Bürger transitive Präferenzen haben und daß der Abstimmungsprozeß dann **nicht** der Transitivität genügt
- Annahmen des Modells:

→ Abstimmung über Budgetumfang

es gibt 3 Alternativen:



es gibt 3 Wähler: X ; Y ; Z

gleiche Beteiligung der Wähler an Finanzierungskosten des Budgets

- X spricht sich für ein großes Budget aus ($A > B > C$)
- Y spricht sich für ein kleines Budget aus ($C > B > A$)
- Z bevorzugt ein mittleres Budget ($B > C > A$) → Medianwähler

Fall eingipfliger Präferenzstruktur !

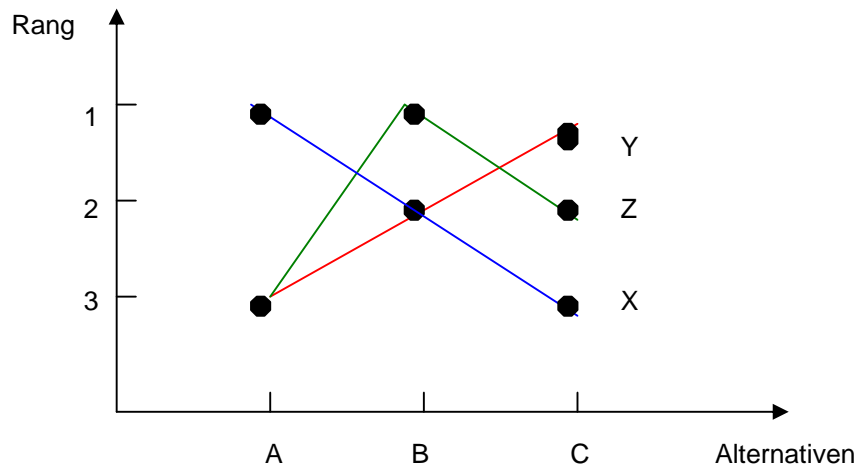


Abbildung 12

Abstimmung:

- A : B à 1 : 2 à B
- B : C à 2 : 1 à B
- A : C à 1 : 2 à C

Ergebnis \Rightarrow B > C > A und B > A

Dieses Ergebnis ist harmonisch so wie man es sich wünscht

- B wird in allen Fällen gewinnen à Wähler Z = Medianwähler gewinnt
- Alle Präferenzen sind in der zeichnerischen Darstellung **eingipflig** und **die Reihenfolge der Abstimmung spielt keine Rolle**

Diese Ergebnis ändert sich, wenn sich die Präferenzen der Individuen ändern!

Y à Präferenzen ändern sich; Y habe einen ausgefallenen Geschmack und ziehe C und A gegenüber B vor, d.h. er bevorzuge beide Extreme gegenüber der mittleren Lösung

Es entsteht eine mehrgipflige Struktur

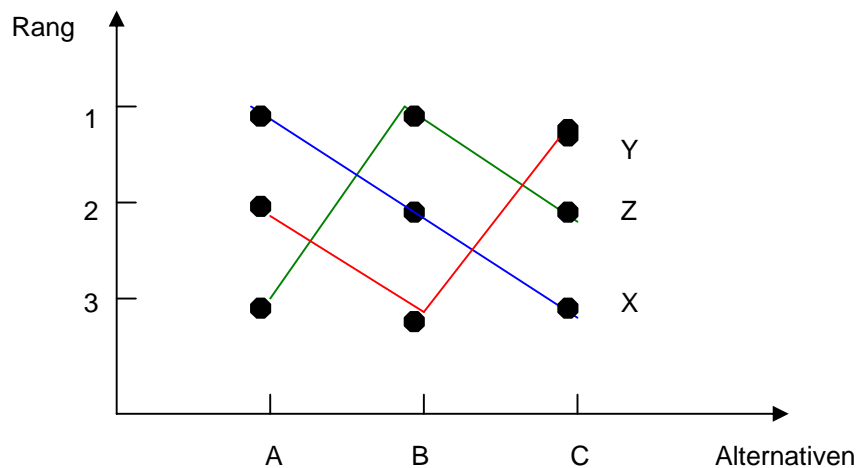


Abbildung 13

Abstimmung:

A : B	à	2 : 1	A
A : C	à	1 : 2	C
B : C	à	2 : 1	B

Ergebnis: $A > B > C$ aber $A < C$ Widerspruch

à Intransitivität, d.h. inkonsistentes Abstimmungsergebnis

genügt nicht den Anforderungen an kollektive Rationalität, denn bestimmte Anforderungen an die Wahlregeln müssen erfüllt sein

1. das Ergebnis darf nicht willkürlich sein
2. es muß Wählerpräferenz repräsentieren
3. es darf nicht durch strategisches Vorgehen gestört sein

Punkt 1. ergibt sich aus dem Fall zweigipfliger Präferenzstruktur

Das Endergebnis hängt also in diesem Fall von der Reihenfolge ab, in der die Alternativen gepaart werden.

Dieses Wahlparadoxon, zuerst von Condorcet im 18. Jh entdeckt und von Kenneth Arrow in jüngster Zeit herausgearbeitet, versetzte dem Glauben an die demokratische Wahlentscheidung einen Knacks. Jedoch sagt dieses Paradoxon **nicht** aus, daß die Mehrheitsregel nicht anwendbar ist.

Die Schlußfolgerung lautet vielmehr, daß die Präferenzenstruktur der Individuen eingipflig sein muß, wenn das Mehrheitswahlsystem keine willkürlichen Ergebnisse erbringen soll.

Eingipfligkeit: Vorliegen von individuellen Präferenzstrukturen die alle einen Gipfel aufweisen

Mehrgipfligkeit: es gibt keine solche Situation, in der die ind. Präf. aller wahlbeteiligten einen Gipfel aufweisen; Entscheidungsträger mit extremen Präferenzstrukturen sind vorhanden

à Inkonsistenz ; willkürliche Ergebnisse, d.h. Ergebnis hängt von der Reihenfolge ab, in der die Alternativen gepaart werden

Schlußfolgerung aus Arrow- Paradoxon:

à Wenn Eingipfligkeit der Präferenzstruktur garantiert ist, dann liegt stets ein nichtwillkürliches Ergebnis vor.

Lösung wird sich herauskristalisieren, wo soziale Präferenzstruktur gleich der Medianpräferenz à muß jedoch nicht Lösung im Sinne des pareto-Kriteriums sein

Es sagt nicht aus, daß das Mehrheitswahlsystem nicht anwendbar ist!

-besteht Homogenität zwischen den einzelnen Möglichkeiten(Präferenzen); d.h. die Gipfel liegen nahe beieinander, so kommt das Mehrheitsergebnis dem Optimum im Sinne des Pareto-Kriteriums nahe

à Eingipfligkeit ist nicht zu erwarten, wenn Alternativen sich durch Vorliegen rein qualitativer Merkmale unterscheiden und wenn Alternativen sich nicht nur durch ein sondern durch mehrere Merkmale unterscheiden. à gilt nur bedingt, wenn Homogenität der Präferenzen vorliegt

- Wahrscheinlichkeit des Arrow-Paradox (Inkonsistenz der Wahlergebnisse) nimmt mit Zunahme der Individuen (Wahlbeteiligten) und der Alternativen zu
- Bei anderen Abstimmungssystemen (Pluralitäts- oder Punktwahl) kommt die Möglichkeit der Willkür nicht vor, da keine Paarung von Alternativen notwendig ist, entsteht das Problem der Reihenfolge der Abstimmungen nicht.

6. Anwendung auf die finanzpolitische Entscheidung über die Höhe des Staatsbudgets

Es bleibt zu fragen, ob finanzpolitische Entscheidungen tendenziell diesem eingipfligen Typ zugehören?

Die Antwort hängt von der Art der betrachteten Entscheidung ab

Als einfachster Fall soll nun dargestellt werden:

Annahmen:

- 3 Wähler werden betrachtet
 - Budget des Staates enthält nur ein öffentliches Gut
 - Dieses wird zu konstanten Stückkosten angeboten
 - Die Finanzierungskosten werden in Form einer "Kopfsteuer" gleichmäßig auf alle verteilt, jeder trägt gleich ein Drittel der Gesamtkosten
 - Die Preisrelation zwischen öffentlichem und privatem Gut ist konstant
- Das Problem besteht nur darin, den erwünschten Umfang zu bestimmen.

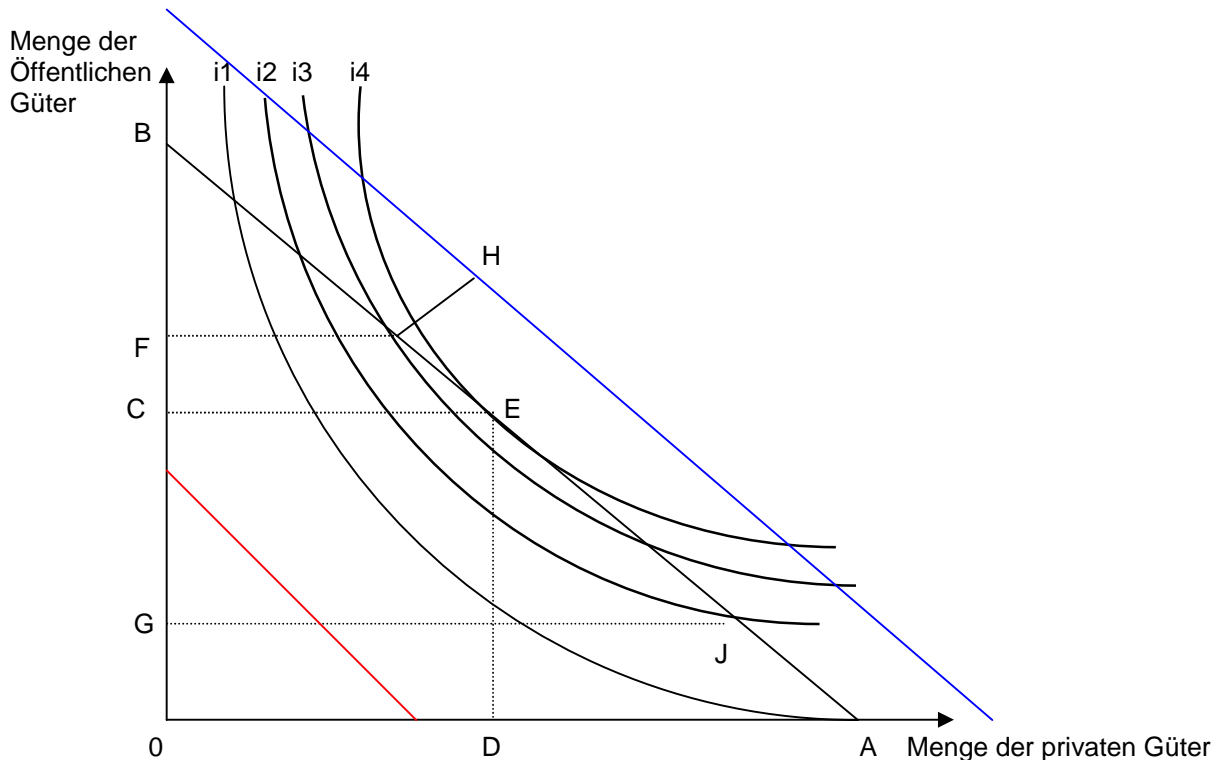


Abbildung 14

In diesem Fall kann man mit guten Gründen davon ausgehen, daß die Präferenzen eingipflig sind. Wenn unterstellt, das öffentliche Gut nütze dem Konsumenten, wird er ein bestimmtes Budget gegenüber einem größeren oder kleineren vorziehen.

Die Nachfrage des Konsumenten nach privaten Gütern bei Nichtvorhandensein von öffentlichen Gütern ist OA und er befindet sich auf der Indifferenzkurve i1

Wird ein öffentliches Gut angeboten und der Preis dafür wird ihm in Form einer Steuer auferlegt. Der Preis ergibt sich aus der Budgetgeraden AB; das Preisverhältnis der verfügbaren öffentlichen zu den verfügbaren privaten Gütern ist dann OB/OA .

Der von ihm bevorzugte Punkt wird bei E auf der höchstmöglichen Indifferenzkurve i4 liegen, wo er OC und OD konsumiert.

Eine Ausdehnung des Budgets und damit eine Ausdehnung der Bereitstellung an öffentlichen Gütern auf OF bringt ihn auf eine schlechtere Indifferenzkurve i3 und H sowie eine Verringerung auf J und i2.

à **eingipflige Präferenz** wird festgelegt durch quasi-konkave Präferenzen

-Annahme, daß dieser Konsument ein mittleres Einkommen hat AB

die zwei anderen Wähler haben ein

-niedriges Einkommen

-ein hohes Einkommen

Der Reiche möchte mehr von allen Gütern haben und stimmt für ein höheres Budget mit einem entsprechendem Optimumpunkt

Der Arme stimmt für kleineres Budget mit entsprechendem Optimumpunkt, da sonst die Abzüge für ihn zu hoch sind

Alle Drei haben somit eingipflige Präferenzen, was damit der Abbildung 12 entspricht.

Das Wahlparadoxon entsteht nicht.

3 Alternativen der Budgetgröße werden zur Abstimmung gestellt und aus der Mehrheitswahl ergibt sich diejenige die der Medianwähler bevorzugt.

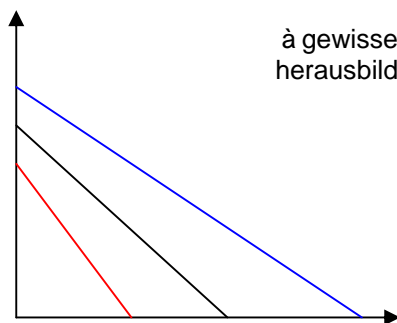
Obwohl die Mehrheitsentscheidung dem Wähler im Zentrum der Präferenzskale zusagt, läßt sich nicht folgern, daß das die beste der effizienteste Entscheidung ist., da die Intensität der Prräferenzen nicht berücksichtigt wird.

- Proportionale Einkommenssteuer:

Werden die Präferenzen eingipflig bleiben, wenn die Kopfsteuer durch eine realistische Steuerform; eine proportionalen Einkommenssteuer, ersetzt wird?

In diesem Fall unterscheidet sich der Preis pro Einheit öffentlicher Leistung für Konsumenten mit verschiedenen Einkommen. Mit zunehmendem Budget steigt der Steuerbetrag, aber der Preis je Einheit öffentlicher Leistung bleibt für jeden einzelnen konstant.

à die Präferenzen bleiben eingipflig



à gewisse Homogenität der Abstimmungsergebnisse wird sich herausbilden

Abbildung 15

Zu betrachten wären noch gleichbleibend progressiv, verzögerte Progression

Wichtig ist der jeweilige Einfluß auf die Präferenzstruktur die komplexer werden kann und damit auch mehrgipflig, wodurch das Wahlparadoxon ins Spiel kommen kann

Z.B. wenn sich die Änderung der Steueranteile mit steigendem Budget umkehrt, wenn also ein steigendes Budget zunächst den Finanzierungsanteil der Empfänger hoher Einkommen steigert und ihn dann senkt, kann sich eine V-förmige oder multiple Präferenzstruktur ergeben, wodurch das Wahlparadoxon ins Spiel kommt.

Insgesamt kann festgestellt werden, daß finanzpolitische Entscheidungen –insbesondere Entscheidungen über verschiedene Budgetzusammensetzungen- nicht so geartet sind, daß eingipflige Präferenzen ohne weiteres unterstellt werden können. Doch kann die Möglichkeit der Willkür dadurch reduziert werden, daß Probleme kombiniert werden, über die im Rahmen eines Programmes gebündelt entschieden werden kann, selbst wenn eide einwandfreie Entscheidung um Hinblick auf das Einzelproblem nicht möglich erscheint.

7. Güte der Abstimmungsverfahren

(Höhere Empfindlichkeit gegenüber dem Eigenheiten der Individualpräferenzen meist verbunden mit Anfälligkeit gegenüber strategisch bedingten Verzerrungen)

- das am häufigsten verwendete Abstimmungsprinzip ist die **einfache Mehrheit**

-jedes Individuum hat eine Stimme
-die Ja's und Nein's werden gezählt
-die einfache Mehrheit gewinnt

- **Pluralitätswahlsystem**

-jeder Wähler ordnet die zur Abstimmung stehenden Varianten entsprechend seiner Präferenz
-stehen 10 Varianten zur Wahl, so wird 1 Punkt der erwünschtesten Lösung zugeordnet

-Gewinner ist die Variante mit den wenigsten Punkten

- **Punktwahl**

-dem Wähler wird eine Anzahl von Punkten zugeteilt, die er den verschiedenen Varianten entsprechend seiner Wünsche zuteilen kann
-so kann er alle verfügbaren Punkte einer bevorzugten Alternative zuteilen oder sie beliebig aufteilen
-Gewinner ist die Variante mit den meisten Punkten

- Keine Einstimmigkeit bei Abstimmung

à Gegner muß Lösung hinnehmen, die er nicht wollte z.B. der Niedrigverdiener aus dem vorigen Gliederungspunkt

- 1. Einstimmigkeitsprinzip:

-1. Platz bei Effizienz (kein unerwünschter Nachteil) niemand wird gezwungen Projekte zu akzeptieren, die er nicht will
-bester Minoritätenschutz
à nur zu unangemessen hohen Kosten zu erreichen
à Tendenz Bereitstellung öffentlicher Güter völlig zu blockieren

- 2. Mehrheitswahlprinzip:

Absolute und relative Mehrheit

-absolute à größte Zahl von Wählerstimmen
-relative à mindestens 50% (stellt auf absolute Zahl der Stimmen ab)

à Lösung auf die sich die größte Zahl geeinigt hat
à Lösung impliziert besondere Funktion des Medianwählers à dieser wird zum Repräsentanten

sehr grobes Abstimmungsverfahren Alternativen?

-überstimmte Wähler scheiden aus à deren Präferenz fällt in diesem Verfahren völlig raus
-haben sie sich für z.B. die 3. Alternative entschieden, haben sie keinen Einfluß darauf, ob 1. oder 2. Alternative gewinnt

- 3. Pluralitätswahl:

à Rangordnungen

à Ergebnisse sind eindeutiger (d.h. es gibt weniger unentschieden als bei Mehrheitswahl)
da die Rangzahlensumme den Gewinner bestimmt ist der Minoritätenschutz (fallen also nicht völlig heraus) stärker als bei der Mehrheitswahl
für die Gewinneralternative stimmt nicht unbedingt die größte Zahl der Personen (bedingt durch Rangzahlen)

- 4. Punktewahl:

-größte Information über Präferenzenstruktur der Wähler wird aufgedeckt

strategisches Verhalten à Wähler können Verhalten der Mitwähler in Betracht ziehen
d.h. wahre Präferenzstruktur wird nicht aufgedeckt
à Gesamtergebnis wird verzerrt

- **Ergebnis:**

Punktewahl > Pluralitätswahl > Mehrheitswahl à von links nach rechts abnehmende Aufdeckung der Präferenzstruktur

Bei Punktwahl Möglichkeit des strategischen Verhaltens:

Bei großer Personenzahl → klein

Bei geringer Personenzahl → groß

- **zu Abstimmungsregeln:** weitere Ausarbeitung

Einstimmigkeitsregel: -es ist unwahrscheinlich, daß irgendeines der vorgeschlagenen Steuer- oder Ausgabenprogramme uneingeschränkte Zustimmung finden könnte; Am Ende wäre der Verlust, der sich für die Mehrheit ergibt, weit größer, als der Gewinn für die Minderheit
→ Abstimmungsreger mit zwangsweiser Durchsetzung des Ergebnisses wird notwendig;
Benachteiligungen bzw. geringere Bevorteilungen sind zu akzeptieren

→ Mehrheitsregel: -je näher die Gipfel der individuellen Präferenzenstruktur beieinander, um so mehr wird sich das Ergebnis dem einer einstimmigen Entscheidung annähern und um so geringer wird der Nachteil sein, den die Minorität erleidet

-soll eine Demokratie funktionieren, ist ein gewisser Grad an Präferenzenhomogenität notwendig

- **Güte der verschiedenen Wahlregeln:**

-wird keine Wahlstrategie angewendet, so ist das Punktwahlssystem das beste, gefolgt von der Pluralitätswahl und der Mehrheitswahl

Mehrheitswahl:

-Einordnung nur zwischen 2 Alternativpaaren möglich

-Intensität der Präferenzen kann nicht ausgedrückt werden

-Alternativen, die nicht miteinander gepaart sind, können nicht bewertet werden

Pluralitätswahl:

-alle Alternativen können zueinander in Bezug gesetzt werden, aber

-diese Beziehung kann nur im Wege einer Rangordnung dargestellt werden

Punktwahl:

-Intensität der Präferenzen wird direkt berücksichtigt; im Extremfall kann der Wähler alle seine Punkte einer Alternative zuordnen

Rolle der Strategie:

Die Wähler werden das Vorgehen der anderen berücksichtigen und ihre Stimme nicht Alternativen geben, die überhaupt nicht gewinnen können

Sie werden sie eher auf eine zweitbeste Entscheidung festlegen und damit vermeiden, daß die 3. Alternative gewinnt

-Dilemma: Je besser ein Wahlsystem ohne Anwendung von Strategie ist (d.h. je emöglicher das Verfahren gegenüber der Intensität von Präferenzen ist), um so größer ist tendenziell der Bereich, den es der Verwendung von Strategien läßt.

→ letztendlich kann ein groberes System, wie das Mehrheitswahlssystem, das Manipulationen weniger Spielraum läßt, die bessere Entscheidungsregel darstellen

8. Zur ökonomischen Theorie der Demokratie

Die Diskussion muß nun dadurch der Realität angepaßt werden, daß die Annahme aufgegeben wird, der individuelle Wähler sie direkt in den Entscheidungsprozeß eingeschaltet.

Eine direkte Beteiligung bei finanzpolitischen Entscheidungen meist nur auf gemeindlicher Ebene
Ansonsten wird die Entscheidungsbefugnie selegiert an Parlamentarier, Senatoren, Repräsentanten usw., die von politischen Parteien nominiert, zur Wahl stehen.

Wie berührt das den Entscheidungsprozeß , und zu welchem Ausmaß weden die Präferenzen der Individuen in den endgültigen Entscheidungen reflektiert?

à 2-stufiger demokratischer Willensbildungsprozeß:
Bürger wählen Parlament → Parlament wählt Regierung → Regierung fällt die Entscheidungen

--Politiker der and die Macht will, braucht entsprechende Mehrheit → Gewinnmaximierendes
Stimmenstreben
Stimmenmaximierung bei gegebenen Präferenzen

Politisches Handeln sei rational Wettbewerb wie im Markt

Funktion des Politikers:

- Ungelöste Einzelprobleme (typ. öffentl. Probleme) und Präferenzen der Individuen auffinden (lösen)
- Bürger sollen sich daraufhin entscheiden, ihm die Lösung des Problems zu übertragen, d.h. ihn zu wählen
-es geht um Lösungsmethoden, welche zeitliche Änderungen gerecht werden müssen

→ Einzelprobleme werden von Politikern zu Problempaketen (Programmpaketen) zusammengefaßt
diese Pakete werden zur Abstimmung gestellt
Pakete müssen mehrheitsfähig sein, d.h. sie müssen den Vorstellungen der Individuen entsprechen

→ Arbeit mit Info-Quelle

- Politiker verhandeln miteinander (im Parlament etc.) → Stimmtausch
Präferenzintensitäten können stärker zum Ausdruck gebracht werden → effizientere Lösungen können eintreten

Rolle der politischen Parteien

→ leiten sich aus der Aufgabenstellung der Politiker ab
Parteien entsprechen privaten Vereinigungen
-nicht Organe des Staates, kein Charakter einer öffentlichen Institution → siehe Theorie der privaten Clubs
-politische Meinungsbildung der Öffentlichkeit
-im engeren Sinne: Funktionärskader ausbilden → sind dies öfftl. Funktionen? Eher nicht: Partei als Ausbildungsstätte dient sich selbst
-Info-produktion für pol. Funktionäre

Rolle der Fraktionen:

Parlamentsfraktion ist ein Gebilde aus dem Inneren des Parlaments → d.h. staatliche Institution
-bieten den Abgeordneten die Möglichkeit einer Arbeitsteilung untereinander → Kooperations-/Spezialisierungsvorteile ausnutzen
-Fraktionierung der Abgeordneten bedeutet, daß Macht der Gruppierung erhöht wird (Fraktionszwang)
→ Trend zur Blockbildung

Funktion der politischen Konkurrenz:

→ muß gesehen werden wie Rolle des Wettbewerbs auf Märkten
→ pol. Konkurrenz erhöht pol. Wahlfreiheit der Bürger
-gewählt wird, wer am besten anbietet (Bürger kann aus Vielzahl der Alternativen auswählen)
-man muß sich um höchste Zustimmung der Wählerschaft kümmern → d.h. Wählerpräferenzen müssen berücksichtigt werden → Konkurrenzdruck → nur der wird gewählt, der Interessen der Bürger am besten vertreten will
-immer größere Annäherung der größeren Parteien → Tendenz zur Volkspartei
-Wettbewerb ist effizienzförderlich, trägt zum Erreichen des Optimums bei

9. Theorie der Club-Güter als Grundlage einer Theorie des fiskalischen Föderalismus (Erweiterung der Grundskizze)

öffentliche Güter treten raumgebunden auf
Bürger haben unterschiedliche raumgebundene Präferenzen in Bezug auf diese Güter

Wie soll Föderalstruktur aussehen?

→ Festlegung auf Güterbündel für den Durchschnitt von allen Gütern → Kompromisse

-Staat mit dezentralen Entscheidungseinheiten → Bürger können in andere Gebiete abwandern
wandern Bürger ab → so macht Abwanderungsgemeinde etwas falsch → Signalfunktion
(Signalsystem für regionalen Willensbildungsprozeß)
gleiches für Zuwanderung

- entscheidendes Merkmal öffentlicher Güter: räumliche Begrenzung der Nutzeninzidenz

-nationalweit: wie nationale Verteidigung, Raumforschung, Krebsforschung, Bundesgerichtshof
-geographische Begrenzung: gemeindeeigene Löschfahrzeuge, Straßenbeleuchtung

→ Mitglieder der "Gruppe" die sich die Nutzen teilen, sind Einwohner einer besonderen geographischen Region

-Bereitstellung öffentlicher Dienst und Kostenaufteilung sollte in Übereinstimmung mit den Präferenzen der Einwohner der relevanten nutzenempfangen Region erfolgen

d.h.

Dienste, die in ihrer Nutzeninzidenz nationalweit sind, sollten im nationalen Rahmen bereitgestellt werden, Dienste mit lokalem Nutzen durch lokale Einheiten, während wieder andere z.B. Landstraßen auf regionaler Ebene bereitgestellt werden sollten

10. Einige Hypothesen über systematische Verzerrungen bei der politischen Bestimmung des Staatsanteils in der Demokratie

-Güterbereitstellung durch den Staat: Staatsquote – läßt sich messen an dem was der Staat produziert hat

-staatliche Güter werden zu (unvollständigen) Kostenpreisen bewertet
d.h. der Staat erzielt keine Gewinne bei der Bereitstellung

-Entwicklung der Staatsquoten:

Zunahme des Staatsanteils am Bruttosozialprodukt (Gesetz der wachsenden Ausehnung öffentlicher besonders staatlicher Aktivitäten) → "Gesetz" von Rudolph Wagner

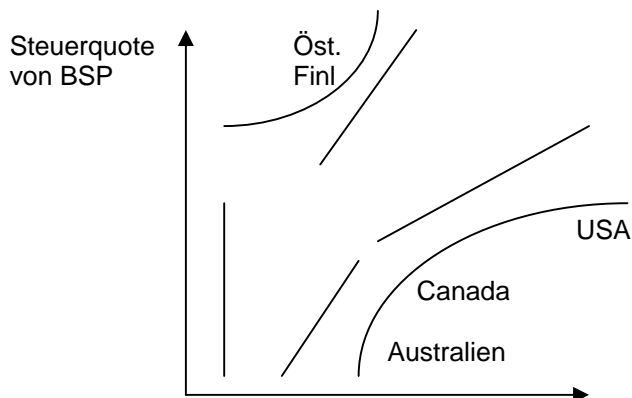


Abbildung 16 **Querschnittsvergleich**

→ 2 Ländergruppen

-rechte obere Gruppe: reiche Länder

-linke untere Gruppe: Entwicklungsländer

Ausreißer: → werden vernachlässigt

USA, Canada, Australien → privatwirtschaftlich ausgerichtete Wirtschaftspolitik

Finland, Österreich → starke staatliche Aktivitäten

Der Rest bildet 2 Trichter

Leviathan-Hypothese S. 143ff
Im Buch viel Vorlesung wenig

§ 5 Mehrbelastung und Effizienzaspekte der Steuererhebung

1. Definition der Mehrbelastung (excess burden)

-Steuern verursachen Verzerrungen im Verhalten der Individuen

Mehrbelastung à Differentiallast

= Wohlfahrtsverlust bei verzerrender Besteuerung – Wohlfahrtsverlust bei nicht-verzerrender Besteuerung

-Kopf- und Pauschalsteuer à keine Mehrbelastung, da unabhängig von ökonomischen Orientierungsgrößen kein Anreiz zur Veränderung des ökon. Verhaltens der Wi-subjekte

-cash-flow-steuer: effizientes Finanzierungsinstrument des Staates (Sofortabschreibung)

Ausarbeitung Janet:

Jede Steuerzahlung bedeutet, daß Ressourcen aus dem privaten Sektor abgezogen und dem Staat übertragen werden. Durch diesen Entzugseffekt (Einkommenseffekt) kommt es zu einem Wohlstandsverlust der privaten WISU.

Darüber hinaus kann jedoch ein weiterer Wohlstandsverlust, eine Mehrbelastung (excess burden), entstehen, wenn die Steuer zu Substitutionen (zwischen einzelnen Gütern, zwischen Freizeit und Arbeit, zwischen Konsum und Sparen) führt. Da solche Substitutionseffekte bei allen Steuern außer der Kopfsteuer auftreten, sind die Mehrbelastungen nicht zu vermeiden.

-wird die Steuer nicht in Form einer Pauschale erhoben, so stört sie die ökon. Entscheidungen und verzerrt eine effiziente Wahl. Diese Verzerrung bedeutet eine Belastung für den Steuerzahler, bringt der Finanzverwaltung jedoch keinen Gewinn à Mehrbelastung, Effizienzverlust, Effizienzkosten

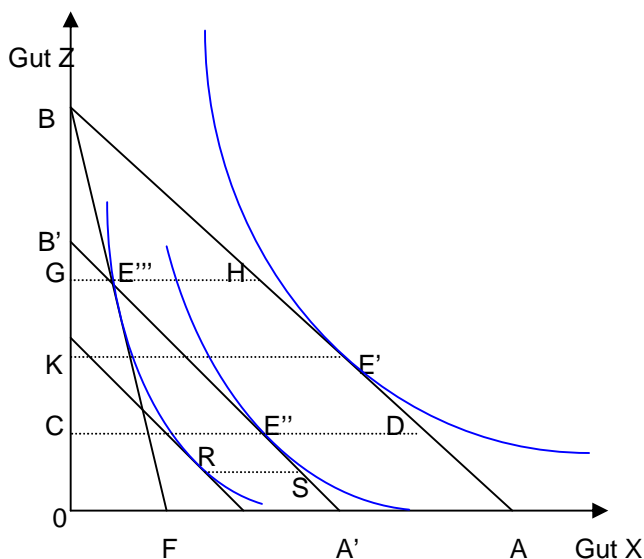


Abbildung 17

Excess burden führt bei selektiver Verbrauchssteuer neben dem Einkommens.- zum Substitutionseffekt: Bei Verwendung einer Kopfsteuer gibt der Konsument BC von Z auf, um GE'' von X zu erhalten à Einkommenseffekt

Bei Verwendung einer speziellen Verbrauchssteuer gibt der Konsument nun BF von Z auf, um GE''' von X zu kaufen

$BC > BG$: ohne Mehrbelastung wünscht der Konsument relativ wenig von Z zu halten (OC)

Mit Mehrbelastung steigt die Nachfrage nach Z, da X teurer geworden ist → X wird durch Z substituiert → Substitutionseffekt – man versucht der Besteuerung auszuweichen

Brümmerhoff

Diese Zusatzlast ist um so größer, je stärker die Substitutionseffekte sind.

Mit einer speziellen Verbrauchssteuer kann ein Allokationsoptimum bei vollkommener Konkurrenz nicht erreicht werden, wenn ohne die Maßnahme eine optimale Allokation der Ressourcen vorlag. Allgemeine Steuern scheinen also speziellen Steuern allokativ überlegen zu sein. Bei allgemeinen Steuern wird ein so großer Bereich der wirtschaftlichen Aktivität getroffen, daß hier die Substitution einer nichtbesteuerten durch eine besteuerte Aktivität nur schwer möglich ist. Das gilt insbesondere für die Kopf- o. Pauschalsteuer. Sie muß unabhängig vom Verhalten des Besteuernten geleistet werden,...

Es kann gerade eine spezielle Steuer dann erwünscht sein, wenn vor Einführung der Steuer keine pareto-optimale Allokation vorlag. Wird eine Steuer auf Gut 1 erhoben, die exakt den monopol. Elementen im Angebot dieses Gutes, dann die hierdurch hervorgerufene Verzerrung der relativen Preise neutralisiert werden. Die allokativ schädliche Wirkung entfällt auch, wenn Externalitäten vorhanden sind, die eine Korrektur der relativen Preise erforderlich machen, um die soz. Grenzkosten wiederzugeben.

2. Steuerliche Verzerrungen der Haushaltsentscheidungen

2.1. Entscheidung zwischen Produkten

- 2 Güter → private X und Z
- gegeben ist Aufteilung der Zeit (Freizeit, Arbeit)
- Grenzkosten konstant

• **Pauschalsteuer**

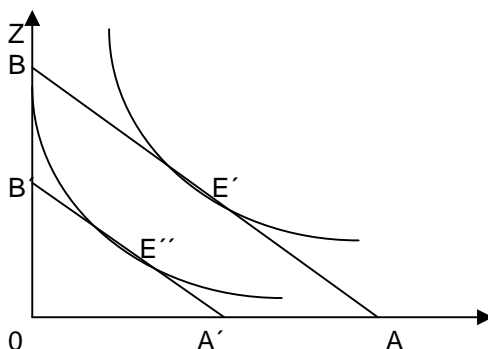


Abbildung 18

Kopf oder Pauschalsteuer → Preisgerade verschiebt sich parallel nach links, die relativen Preise werden nicht beeinflusst

Steuer verursacht Einkommensverlust

Jedoch die Gleichheit der Grenzrate der Substitution, der Grenzrate der Transformation und des Preisverhältnisses bleibt in E'' aufrechterhalten

→ Ressourcen werden effizient alloziiert und es gibt keine Mehrbelastung

- **Allgemeine Verbrauchssteuer** → die Steuer trifft alle Güter mit dem gleichen Satz Wertsteuer

-soll gleiches Aufkommen haben wie die Pauschalsteuer
 $AA' : OA = BB' : OB \rightarrow$ Prozentsatz der Steuer

Statt OA kann nur noch OA' verkauft werden, bei durch Steuer gestiegenen Preisen, gleiches für Z
E'' wird wieder erreicht

\rightarrow keine Verzerrung, keine allokativ Mehrbelastung ausschließlich Einkommenseffekte
allokativ neutral wie eine Pauschalsteuer

- **Spezielle Verbrauchssteuer (oder auch selektive-)**

Belastet speziell Gut X auch hier soll gleiches Steueraufkommen erzielt werden
Preisverhältnis von X zu Z ändert sich
Steigung ändert sich \rightarrow BF

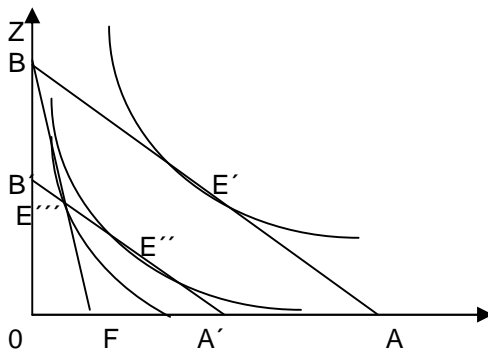


Abbildung 19

Brutto- und Nettopreisverhältnis stimmen nicht mehr überein (GRS nicht gleich der GRT)
 \rightarrow Wohlfahrtseinbuße
Unternehmen passen sich an Bruttopreise GRT und Haushalte an Nettopreise GRS an

-Schnittpunkt von BF und B'A' in E''' stellt ein gleich hohes Steueraufkommen wie bei Pauschalsteuer sicher

-E''' liegt auf niedrigerer Indifferenzkurve
Nutzenindex der HH ist kleiner als in E'' \rightarrow Wohlfahrtseinbuße obwohl gleiche Einkommenseinbuße wie bei Pauschalsteuer

-E' \rightarrow E'' \rightarrow Einkommenszugeseffekt der Pauschalsteuer (Einkommenseffekt)
-E'' \rightarrow E''' \rightarrow verursacht durch Änderung der Preise (eine Art Substitutionseffekt bei gleichem Einkommen \rightarrow E''' liegt auf B'A' und auf BF
Verschiebung von I2 auf I3 gibt die Mehrbelastung wieder

Die zusätzliche Mehrbelastung kommt nur bei der selektiven Steuer vor

Stärke der Mehrbelastung läßt sich kardinal nicht messen

Umfang der Mehrbelastung:

-muß in Einkommenseinheiten ausgedrückt werden, da sich Nutzen nicht kardinal messen läßt

*fehlt excess burden
Huber ähnlich*

2.2. Entscheidung zwischen Gütern und Freizeit

Das gleiche Argument trifft für **eine Steuer auf Lohneinkünfte zu**.

Annahmen:

- Zur Vereinfachung betrachten wir die Entscheidung zwischen den Produkten und zukünftigen und gegenwärtigen Konsum als gegeben an.
- betrachtet wird ein Individuum mit **Freizeit 0A**, die **gegen 0B an Gütern** eingetauscht werden kann
- **bei Lohnsatz 0A/0B** und Präferenzsystem mit dargestellten Indifferenzkurven **liegt das Gleichgewicht vor der Besteuerung bei E**, die **Arbeitsleistung entspricht HA** und das Individuum befindet sich auf der **Indifferenzkurve i**

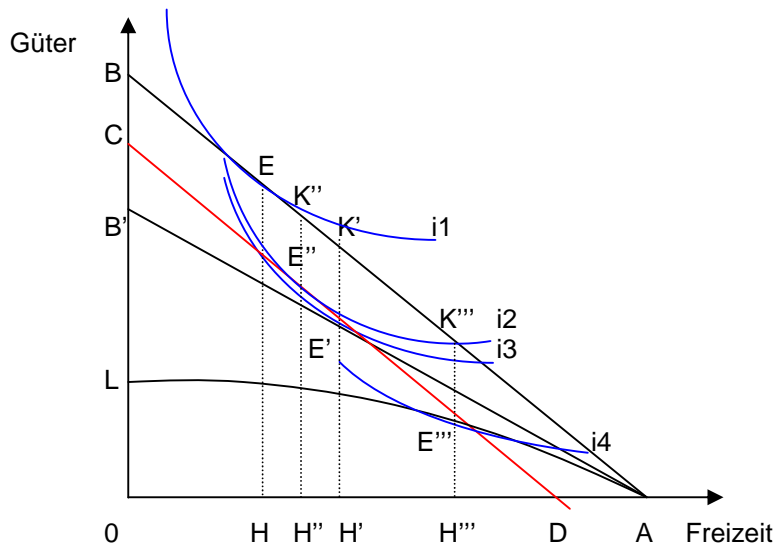


Abbildung 20

a) Nun wird eine proportionale Lohnsteuer mit dem Satz $B'B/0B$ eingeführt:

- Die Wahlmöglichkeiten verschieben sich auf AB' mit dem **neuen Gleichgewicht bei E'** und **reduzierter Arbeit von HA auf H'A**
- à das **Steueraufkommen** ist gleich $E'K'$ und der Steuerzahler ist **von i1 auf i3 abgesunken**

b) Diese Wohlfahrtsreduktion wäre geringer gewesen, wenn man die Freizeit in die Besteuerungsgrundlage einbeziehen könnte

- in diesem Fall hätten sich die Wahlmöglichkeiten parallel von BA auf CD (rote Linie) verschoben
- bei **gleichem** Steueraufkommen von $E''K''=E'K'$ läge das **neue Gleichgewicht bei E''**
- der Steuerzahler befände sich auf **i2**, zwar niedriger als **i1** aber höher als **i3**
- **die Reduktion** der Arbeitsleistung (gegeben durch HH'') wäre **geringer**, da der **Substitutionseffekt** eines gekürzten Lohnsatzes **vermieden** wird, also nur Einkommenseffekt

à die Steuer entspräche einer Pauschsteuer ohne Effizienzverlust, aber leider schwierig den Wert der Freizeit zu messen, so daß eine derartige Steuer in der Praxis nicht erhoben werden kann

c) progressive Steuer

Annahme nun das gleiche Steueraufkommen werde mit einer progressiven Steuer erzielt

- in dem Fall verschieben sich die Wahlmöglichkeiten auf die Kurve AL (Abflachen der Kurve aus der Tatsache, daß bei progressiven Tarif der Grenzsteuersatz mit zunehmendem Einkommen steigt)
- **neues Gleichgewicht bei E'''** bei **unverändertem Steueraufkommen** $E'''K'''=E'K'$
- die **Arbeitszeit verkürzt** sich weiterhin **um HH'''**
- der Steuerzahler sinkt auf **i4** ab, worin sich die **zunehmende Mehrbelastung eines erhöhten Substitutionseffektes bei progressiver Besteuerung zeigt**

2.3. Entscheidung zwischen Gegenwarts- und Zukunftskonsum

Steuerwirkungen, die aus der Wahl zwischen Konsum und Sparen resultieren

Annahmen:

Cg = Konsum gegenwärtig

Cz = Konsum zukünftig

OB ist damit gegenwärtiger Konsum unter der Annahme, daß alles Einkommen konsumiert wird

OA alles wird gespart für den zukünftigen Konsum

Somit ist OA gleich $(1+i) \cdot OB$, wobei **i der Zinssatz**

BA stellt damit alle möglichen Kombinationen von gegenwärtigem und zukünftigem Konsum dar, die dem Individuum im Rahmen des laufenden Einkommens zur Verfügung stehen.

Das Gleichgewicht liegt vor Steuer bei E' auf i1

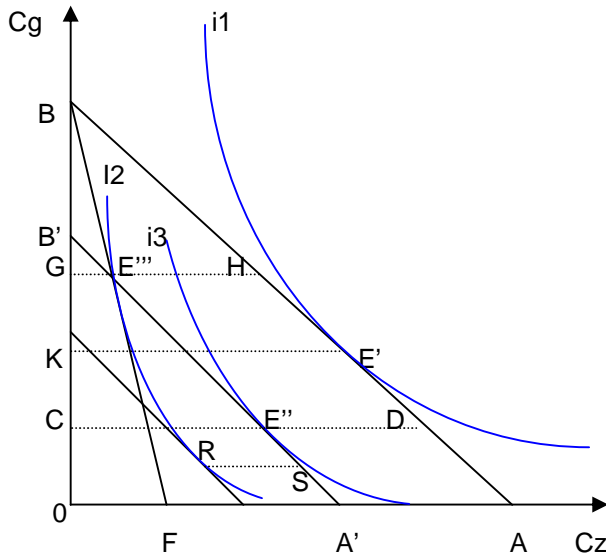


Abbildung 21

Bei einer allgemeinen Verbrauchsteuer:

gleichermaßen anwendbar auf Cg und Cz mit einem Aufkommen von AA', so verschiebt sich die Preisgerade wiederum auf B'A', einer Parallelen zu BA, und das neue Gleichgewicht liegt bei E'' auf der niedrigeren Indifferenzkurve i2. Da sowohl Cg als auch Cz im gleichen Ausmaß reduziert werden, bleiben die relativen Preise unverändert, die MRT und die MRS von gegenwärtigem für zukünftigen Konsum gleich, und es entsteht keine Mehrbelastung. Die allgemeine Konsumsteuer ist jetzt neutral und in ihren Mehrbelastungsaspekten einer Pauschalsteuer äquivalent.

Eine Einkommensteuer:

reduziert jedoch das Verhältnis **Cg/Cz**, da der Nettozinssatz durch die Steuer reduziert wird (Einkommen aus Zinseinkommen müssen ebenfalls versteuert werden) und durch einen Konsumaufschub weniger zu gewinnen ist. - Sparer wird diskriminiert, Konsument wird begünstigt - die Preisgerade verschiebt sich **nach BF**, und das Gleichgewicht bewegt sich nach **E'''**. - eine **Mehrbelastung** (gleich dem Wohlfahrtsverlust von **i2 nach i3**) **entsteht wiederum**

Unter Effizienzgesichtspunkten ist die Verbrauchsteuer somit einer Einkommensteuer überlegen. Das ist zumindest der Fall bei der Annahme, daß die Entscheidung zwischen Verbrauch und Freizeit unverändert bleibt.

2.4. Multiple Entscheidungen und optimale Verbrauchssteuersätze

Bisher Diskussion auf einen Steuerzahler bezogen, der nur eine Entscheidung zu treffen hatte, zwischen zwei Produkten, konsumieren oder sparen, Freizeit oder Einkommen.

Bevor multiplen Entscheidungen zuwenden, sollen **diese Schlüsse gezogen werden:**

1. nimmt man Einkommen und Sparen als gegeben an, so bringt eine allgemeine Verbrauchsteuer keine Mehrbelastung mit sich, und ist einer speziellen Verbrauchsteuer überlegen, die die Entscheidung zwischen Konsumgütern verzerrt.

2. Nimmt man das Einkommen und die Entscheidung zwischen Konsumgütern als gegeben an, so ist eine Verbrauchsteuer einer Einkommensteuer vorzuziehen, da die letztere durch die Besteuerung von Kapitaleinkünften die Entscheidung zwischen gegenwärtigem und zukünftigem Verbrauch verzerrt.
3. Hält man das Sparen und die Entscheidung zwischen Konsumgütern konstant, so verzerren sowohl eine Einkommensteuer als auch eine Verbrauchsteuer die Entscheidung zwischen Einkommen (oder Konsum) und Freizeit.

Nur eine Pauschsteuer oder eine hypothetische Steuer auf das erzielbare Einkommen wäre frei von Effizienzverlusten. → zwar interessant, jedoch in Bedeutung abgeschwächt durch die restriktive Annahme, nur eine Entscheidungsalternative zu berücksichtigen

Realistischere Annahme:

Daß **verschiedene Entscheidungen zur gleichen Zeit getroffen** werden müssen

Situation → Das Entscheidung zwischen (1) den beiden Gütern X und Z **und** (2) Einkommen (oder Kombination von X und Z) und Freizeit getroffen wird.

Frage: Ist eine Steuer mit gleichen Sätzen auf X und Z immer noch einer Steuer auf nur ein Gut oder einer Kombination mit ungleichen Sätzen vorzuziehen?

Antwort: nein

Die Gefahr einer Verzerrung wird nun dreifach.

Ursprüngliche Steuer: verzerrt nicht zwischen X und Z, aber zwischen Freizeit L und X sowie L und Z zugunsten von L

Nun wird Steuersatz von Z reduziert und von X erhöht: → führt zu einer Verzerrung von X und Z und erhöht die Verzerrung zwischen X und L, reduziert aber Z und L

Wenn nun X ein Boot für die Freizeit und Z Arbeitskleidung, **dann korrigiert dies den Mangel**, daß Freizeit nicht besteuert werden kann

Somit bricht eine a priori Begünstigung einer allgemeinen Steuer mit gleichen Sätzen auf X und Z zusammen

Gleiche Argumentation bei Einkommensteuer und Verbrauchsteuer im Hinblick auf C_g und C_z , hier Verbrauchsteuer neutral, aber beide Steuern behandeln auch C_g L und C_z L unterschiedlich

Da die Steuerbemessungsgrundlage bei der Verbrauchsteuer kleiner ist als bei der Einkommensteuer, wird ein höherer Steuersatz benötigt, um dasselbe Steueraufkommen zu erzielen. Damit wird die Begünstigung der Freizeit erhöht und das kann weitere Auswirkungen auf das Ergebnis haben.

2.5. Einkommensteuerprogression und optimaler Tarifverlauf

Feststellung:

- Nicht ohne weiteres eindeutige Regeln

Die "optimale Mischung" von Steuern, definiert als System, bei dem die Mehrbelastung minimiert wird, enthält eine komplexe Zusammensetzung von Steuerarten und Steuersätzen; und **selbst damit entsteht nur eine zweitbeste Lösung** verglichen zu einer hypothetischen Steuer, bei der die Freizeit in die Bemessungsgrundlage einbezogen werden könnte.

3. Steuerliche Verzerrungen der Unternehmensentscheidungen

zu 2.5. und 3. Nichts gefunden auch nicht MMK